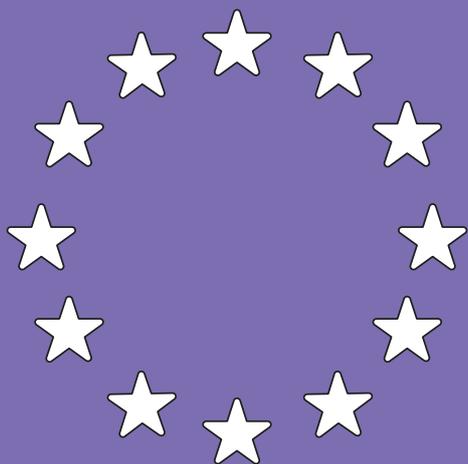


OFAJ
DFJW

**GENERATION
EUROPA 2023**



EIN NEUER DEUTSCH-
FRANZÖSISCHER IMPULS
FÜR EUROPA



Inhalts- verzeichnis

ZUSAMMENFASSUNG DER EMPFEHLUNGEN	S.04
KLIMA UND UMWELT	S.08
• Einen multilateralen Fonds für das europäische Klimaengagement gründen	S. 10
• Eine europaweite Kampagne zur Sensibilisierung für Energiesuffizienz starten	S. 11
• Einen europäischen Aktionsplan für Klimabildung initiieren	S. 12
• Die Bahn zur ersten Wahl für Langstreckenreisen machen	S. 13
• Kurzstrecken in der Grenzregion emissionsarm gestalten	S. 14
• Ein deutsch-französisches Jugendnetzwerk für die Landwirtschaft von morgen gründen ..	S. 15
• Lobende Erwähnungen	S. 16
INDUSTRIELLE SOUVERÄNITÄT	S.18
• Bilaterale Strategien für technologische Souveränität institutionalisieren	S. 20
• Neue Formate für den akademischen und beruflichen Austausch initiieren	S. 21
GESUNDHEIT	S.22
Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich durch stärkere Synergien zwischen den Gesundheitssystemen vertiefen	S. 24
ERINNERUNGSPOLITIK	S.26
• Eine deutsch-französische Wanderausstellung zu pluraler Erinnerung entwickeln	S. 28
• Kolonialgeschichte in den Lehrplänen verankern	S. 29
• Eine Beratungsstelle für zivilgesellschaftliche Initiativen gründen	S. 30
• Austauschprogramme und Förderlinien zur Kolonialgeschichte erstellen	S. 31
SPRACHEN UND KULTUR	S.32
• Eine jährliche deutsch-französische Kulturhauptstadt bestimmen	S. 34
• Den zweisprachigen Unterricht ab dem Kleinkindalter aufwerten	S. 35
• Den grenzüberschreitenden kulturellen Austausch beschleunigen	S. 36
• Das DFJW und den Bürgerfonds zu europäischen Hebeln machen	S. 37
ÖFFENTLICHE FORSCHUNG	S.38
• Wissenschaftskommunikation in die Gesellschaft aufwerten	S. 39
• Wissenschaftliche Karrieren für mehr Attraktivität neu denken	S. 40
• Forschungseinrichtungen in gesunde Arbeitsplätze verwandeln	S. 41
• Deutsch-französische Kreise in Forschungseinrichtungen gründen	S. 42
UNSERE HERANGEHENSWEISE	S.44
DANKSAGUNGEN	S.48



Zusammenfassung der Empfehlungen



Einführung

Wir, die Generation Europa, sind ein **interdisziplinäres Netzwerk junger Europäer:innen aus Deutschland und Frankreich**, das im Januar 2023 anlässlich des **60-jährigen Bestehens des Élysée-Vertrags** gegründet wurde. Wir wurden damit betraut, **konkrete Vorschläge für die Zukunft beider Länder in einem europäischen Kontext** zu formulieren. Unser berufliches und bürgerliches Engagement wird von den Werten der **Demokratie, Gerechtigkeit, des Friedens und der Solidarität** im Geiste der **grenzüberschreitenden Zusammenarbeit** geleitet.



KONTEXT

Der Kontext

Das Jahr 2023 war von **großer Instabilität** geprägt. Es stellte den **Zusammenhalt unserer Gesellschaften** als Ganzes auf eine harte Probe. Zu der allgegenwärtigen **Klimakrise** und den Auswirkungen der **globalen Pandemie** kamen der **Krieg in der Ukraine und die Konflikte im Nahen und Mittleren Osten** mit ihren Folgen auf die **Stabilität der internationalen Ordnung** hinzu – ganz zu schweigen von den Risiken einer **Krise der Demokratie** in Europa.

Dieser Kontext verstärkt bei vielen Bürger:innen ein **Gefühl der Angst** und begünstigt den Aufstieg **rechtsextremer Ideologien**, die in Deutschland, Frankreich und vielen anderen europäischen Ländern mit alarmierender Geschwindigkeit auf dem Vormarsch sind. Wir beschäftigen uns intensiv mit diesen Themen, insbesondere im Hinblick auf die **Europawahlen 2024**.

VISION

Unsere Vision

Das Jahr 2023 ist auch vom erneut bekräftigten Willen Deutschlands und Frankreichs geprägt, **ihre freundschaftlichen Beziehungen zu festigen und so die Einheit der Europäischen Union zu stärken**. Angesichts dieser Herausforderungen möchten wir eine positive und verbindende Botschaft senden – **eine Vision der Hoffnung der deutschen und französischen Jugend für Europa**.

Mehr denn je müssen unsere beiden Länder **ihre Zusammenarbeit in den europäischen Rahmen einbetten und eine gemeinsame Vision vertreten, die über Blockaden und rein nationale Interessen hinausgeht**. Unsere Empfehlungen sollen zu einem **konkreteren, gerechteren, solidarischeren, nachhaltigeren und widerstandsfähigeren** Europa beitragen.



Empfehlungen

Klima und Umwelt:

Angesichts des Klimanotstands und einem notwendigen Systemwandel und damit verbundenen Transformationen plädieren wir für eine **Beschleunigung der Mobilisierung**, damit wir im Einklang mit der Wissenschaft und im Rahmen einer gerechten Transition auf dem 1,5°C-Pfad bleiben. **Die Einführung eines ambitionierten deutsch-französischen Energie- und Klima-Fahrplans** im Rahmen eines Prozesses der **Ko-Konstruktion von Lösungen** mit allen Beteiligten (Zivilgesellschaft, Unternehmen, öffentliche Hand ...) soll diese Beschleunigung ermöglichen.

Industrielle Souveränität:

Wir halten es für unerlässlich, unsere strategische Autonomie und globalen Abhängigkeiten zu überdenken. Dies ist jedoch nur möglich, wenn folgende Aspekte angegangen werden: 1) **Skalierung und Kohärenz der industriellen Investitionspläne erreichen** und 2) **unser volles Innovationspotenzial freisetzen**, indem wir den Menschen Wissen vermitteln, wie sie sich effektiv in industriellen Umgebungen bewegen, die aufgrund von technischen Herausforderungen und der Anzahl der multikulturellen Interessengruppen komplex sind.

Gesundheit:

Die Corona-Pandemie hat einige Aspekte unserer bisherigen Lebensweise in Frage gestellt und zudem die Probleme mit neu auftretenden Krankheiten, Bevölkerungsbewegungen und unlängst Fortschritte im Pflegebereich zu Tage treten lassen. All dies gibt Anlass zu **eingehenden Überlegungen über die Synergien, die im Gesundheitssektor genutzt werden sollten**.

Erinnerungspolitik:

Die Erinnerung an die Verbrechen gegen die Menschlichkeit in der eigenen Geschichte ist ein Grundpfeiler der deutsch-französischen Beziehungen. Sie ist heute wichtiger denn je, muss aber gleichzeitig **auf die Geschichte der Kolonialzeit und andere historische Kontexte ausgeweitet** werden. Zugleich muss Erinnerungspolitik verstärkt im Rahmen eines **interkontinentalen Austauschs** stattfinden und **Zielgruppen mit erschwertem Zugang zu Bildungsangeboten** einbeziehen.

Sprachen und Kultur:

Mehrsprachigkeit untermauert und fördert das Kennenlernen anderer Kulturen. Sie zählt zu den grundlegenden Säulen einer gemeinsamen europäischen Zukunft, in der Deutschland und Frankreich weiterhin als Vorbilder fungieren sollen. Unsere Empfehlungen zielen auf die **Förderung des gegenseitigen Verständnisses und Solidarität ab. Der Schwerpunkt soll hier auf Bildung und der Organisation von Festveranstaltungen sowie auf Mittel für gemeinsame, geteilte Erfahrungen** liegen.

Öffentliche Forschung:

Wir rufen dazu auf, eine **gemeinsame Strategie zur Steigerung der Attraktivität der deutsch-französischen öffentlichen Forschung** zu entwickeln. Gemeinsam mit Wissenschaftler:innen wollen wir eine **ehrgeizige bilaterale Vision erarbeiten, die auf der Zusammenarbeit für eine stark innovative öffentliche Forschung beruht und für die Menschen, die sie betreiben, valorisierend ist**.

ZUSAMMENFASSUNG

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die nach wie vor großen Differenzen zwischen Deutschland und Frankreich konkrete wirtschaftliche, soziale und politische Fortschritte in Europa nicht blockieren, sondern vielmehr anregen sollten. Eine starke Koordination und ein intensiver Erfahrungsaustausch zwischen den beiden Ländern sind von entscheidender Bedeutung, um den Herausforderungen von heute und morgen souverän und nachhaltig zu begegnen. Auf der Suche nach frischem Wind muss das deutsch-französische Schiff nun das europäische Großsegel hissen!

SCHLUSSFOLGERUNG UND AUSBLICK

Diese Empfehlungen wurden hinsichtlich einer konkreten Umsetzung und mit einem starken Verantwortungsbewusstsein verfasst. **Wir fordern daher die politischen Entscheidungsträger auf, sie sich zu eigen zu machen**, insbesondere diejenigen, die die Einrichtung des Programms gewünscht und ermöglicht haben, und zwar aus einer deutsch-französischen und europäischen Perspektive. Ebenso ermutigen wir die Zivilgesellschaft, diese Empfehlungen zu unterstützen, voranzutreiben und mit in persönliche Tätigkeitsfelder zu integrieren. **Zudem hoffen wir, dass unsere Ausführungen das Interesse der Wirtschaft und der Forschung wecken** und, sofern praktisch umsetzbar, Anklang in der Fortsetzung ihrer Entwicklungsfelder finden.

Der Jahrgang 2023 von „Generation Europa: Deutsch-Französische Nachwuchskräfte“, hier Generation Europa genannt, wird sich weiterhin mit Enthusiasmus für konkrete Maßnahmen zu den formulierten Vorschlägen einsetzen und im Rahmen seiner personellen und materiellen Möglichkeiten zu deren Umsetzung beitragen.

WIE GEHT ES WEITER?

Wie geht es weiter? Das Jahr 2023 war ein bereicherndes und intensives Jahr, aber es markiert erst den Beginn des Abenteuers Generation Europa! Die Mitglieder der Gruppe sind sich der Bedeutung des langfristigen Engagements für die deutsch-französische Freundschaft bewusst und möchten den Enthusiasmus und die Energie aller für dieses Ziel bündeln. Daher engagieren sie sich gemeinsam mit dem DFJW für **den Aufbau des Alumni-Netzwerks der Generation Europa**.

Dieses Netzwerk wird dazu beitragen, die langfristigen Ambitionen des Programms zu konkretisieren. Es muss insbesondere eine Form des Zusammenhalts und der Kontinuität zwischen den Jahrgängen gewährleisten. Seine Aktivitäten könnten in Verbindung mit dem DFJW vor allem Folgendes umfassen: **Organisation gemeinsamer Veranstaltungen für alle Jahrgänge**, Vorschlag von thematischen Konferenzen, die allen Jahrgängen offen stehen, **eine Botschafterrolle bei Veranstaltungen und Höhepunkten des deutsch-französischen und europäischen Geschehens**, **Unterstützung bei der "Governance" des Programms** und der Auswahl der nächsten Jahrgänge, **Strukturierung von Kompetenzzentren und deren Bereitstellung im Falle externer Anfragen**. Insbesondere könnten **Verbindungen zu anderen vergleichbaren Netzwerken für Nachwuchskräfte** geknüpft werden.

In dieser Hinsicht freuen wir uns ganz besonders auf das Zusammentreffen mit der Generation Europa 2024! Wir möchten ihnen nicht nur Vorgänger, sondern auch Unterstützer sein.

Wo steht Generation Europa in 10 Jahren? Es ist ein vibrierendes Netzwerk von mehr als 200 Persönlichkeiten, Expertinnen und Experten und Entscheidungsträgern, Akteuren und Botschaftern, die von der konkreten Annäherung unserer beiden Länder in allen Bereichen und Tätigkeitsfeldern überzeugt sind.

Eine deutsch-französische „Solidarität der Tat“, die von konkreten Umsetzungen in einem europäischen Kontext geleitet wird.



Klima und Umwelt



Einführung

Die Klima- und Umweltkrise stellt eine große Herausforderung für unsere und zukünftige Generationen dar. Auf der ganzen Welt, auch in Europa und insbesondere in den Ländern des globalen Südens, sind die dramatischen Folgen bereits jetzt deutlich zu sehen. Mehr denn je ist der Ausstieg aus der Nutzung fossiler Brennstoffe von weltweiter und essenzieller Dringlichkeit, welcher auch in der Erklärung der COP28 festgeschrieben wurde.

Im Anschluss an das **Pariser Abkommen** ist im **europäischen Klimagesetz** das Ziel der **Klimaneutralität der Europäischen Union bis 2050** und die Reduzierung unserer Emissionen um **55 % bis 2030** festgeschrieben. Im Einklang mit Klimawissenschaftlern fordern wir jedoch, dass die **konkrete Umsetzung dieser Ziele beschleunigt** wird, und dass ein neues Ziel für die **Klimaneutralität der EU bis 2045** und idealerweise 2040 festgelegt wird. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir **grundlegend** ändern, wie wir konsumieren, produzieren, uns ernähren, uns fortbewegen, kurzum: wie wir unseren Planeten bewohnen. Dieses Jahrzehnt ist dabei entscheidend für die Umsetzung der notwendigen **Investitionen und Emissionsreduktionen**. Trotz der schnellen Umsetzung dürfen die **soziale Akzeptanz** der getroffenen Maßnahmen sowie die allgemeinen Ziele der **nachhaltigen Entwicklung** nicht vernachlässigt werden. Darüber hinaus ist die Versorgung mit den für die Energiewende notwendigen, **kritischen Rohstoffen** eine Herausforderung für die **nationale und europäische Souveränität**.

Der Klimawandel ist eine enorme Herausforderung. Wenn wir ihn jedoch **gemeinsam auf europäischer Ebene bewältigen, in einem Geiste des Zusammenhalts und des gerechten Übergangs** hin zu einer Wirtschaft, die die planetaren Grenzen respektiert, erreichen wir eine Verbesserung der Lebensqualität aller. **Zu diesem Zweck plädieren wir für eine Beschleunigung der Mobilisierung der Gesellschaft durch einen ambitionierten deutsch-französischen Fahrplan für Energie und Klima sowie durch einen Ansatz des gemeinsamen Erarbeitens von Lösungen mit allen Beteiligten (Zivilgesellschaft, Unternehmen, öffentliche Hand ...).**

FOKUS

Für eine gemeinsame deutsch-französische Energieplanung

Ein Schlüsselthema für die Bewältigung dieser Herausforderung ist die Energiewende. **Wir rufen dazu auf, die deutsch-französischen Meinungsverschiedenheiten in diesem Bereich zu überwinden**, um in Europa schneller voranzukommen. Deutschland und Frankreich haben sich für unterschiedliche Energiestrategien und -mixe entschieden: Frankreich beruht weitgehend auf der Beibehaltung der Kernenergie, Deutschland auf dem bereits vollzogenen Ausstieg aus dieser und einem vorrangigen Fokus auf erneuerbare Energien. Diese Unterschiede führen zu gegenseitigem Unverständnis, was zur Blockade zahlreicher Diskussionen und Vorgänge insbesondere auf europäischer Ebene führt. Diese sind jedoch für die Zukunft der Europäischen Union entscheidend, wie z. B. die Umsetzung des „Green Deal“ oder der „Industriestrategie“. Die Generation Europa ruft dazu auf, für eine schnellstmögliche CO₂-Neutralität **diese Blockaden zu überwinden, indem die energiepolitischen Entscheidungen des jeweils anderen vollständig akzeptiert werden**, ohne die mit bestimmten Strategien oder Technologien verbundenen negativen externen Effekte zu ignorieren. **Deutschland und Frankreich müssen ihre Kräfte auf die Themen konzentrieren, in denen zwischen ihnen Konsens herrscht, um fokussiert nach vorn blicken zu können.**



Einen multilateralen Fonds für das europäische Klimaengagement gründen

Motivation und Ziele

Im Kampf gegen den Klimawandel und die Umweltzerstörung fehlt es an finanziellen Mitteln und operativer Begleitung, die speziell Bürgerinitiativen gewidmet sind. Daher ist es von entscheidender Bedeutung, die Begleitung dieser Initiativen vom Stadium des Pilotprojekts bis hin zu ihrer allgemeinen, auch europäischen, Verbreitung zu verstärken. Projekte in sozial benachteiligten Gebieten sollten besonders unterstützt werden. Auf diese Weise reagiert unsere Empfehlung auf die Startschwierigkeiten zahlreicher Zivilprojekte und vervielfacht ihre Wirkung.

Empfehlung

Wir schlagen vor, einen multilateralen Fonds für das europäische Klimaengagement aufzubauen, um die Ressourcen und die individuelle Unterstützung für konkrete Projekte und Initiativen der Zivilgesellschaft im Bereich Klima und Umwelt in der EU massiv zu vervielfachen.

Es würde sich um einen vergleichbaren Mechanismus handeln, mit welchem Start-ups von den öffentlichen Investitionsbanken profitieren können.

Vorgehen :

- **Jede Privatperson oder Vereinigung kann sich auf die Mittel dieses Fonds bewerben (nach dem Vorbild des Deutsch-Französischen Bürgerfonds).** In seiner Startphase kann sich der Fonds auf die Expertise des Deutsch-Französischen Zukunftsforums stützen (insb. bei der Ex-ante- und Ex-post-Evaluierung der Projekte).
- **Individuelle Begleitung der Projektträger durch qualifizierte Expertinnen und Experten.** Der Fonds kann sich an den bewährten Verfahren der öffentlichen Investitionsbanken (KfW, BPI ...) orientieren. Es werden Etappenziele für die Einrichtung von Pilotprojekten festgelegt, die im Erfolgsfall europaweit etabliert werden sollen.
- **Die Gebietskörperschaften werden vor Ort einbezogen.** Die persönliche Betreuung erleichtert Synergien zwischen ihnen (z. B. Kommunen) und den Projektträgern, je nach Art des Projekts (z. B. Bereitstellung von Räumlichkeiten oder gezielter Finanzierung).
- **Dieser Fonds kann in den Rahmen zwischenstaatlicher Abkommen integriert werden.** Beispiele sind der Elysée-Vertrag und der Vertrag von Aachen für Deutschland und Frankreich, der französisch-italienische Quirinal-Vertrag oder das Weimarer Dreieck (Frankreich, Deutschland, Polen). Nach einer Anlaufphase mit der Beteiligung interessierter Länder ist eine größere multilaterale Erweiterung denkbar.

Umsetzung und vorhandene Ressourcen

Neben der Finanzierung durch die Teilnehmerstaaten (wobei die bestehenden deutsch-französischen Institutionen einen ersten europäischen Kern bilden könnten) und den Synergien, die sich aus der Beteiligung der Gebietskörperschaften ergeben, könnte der Fonds auch vom Privatsektor gespeist werden, der hier eine gute Anlaufstelle für die gesellschaftliche Unternehmensverantwortung (Corporate Social Responsibility) finden würde. Zu diesem Zweck würde eine von der EU und den beteiligten Staaten zertifizierte, digitale Plattform alle vom Fonds unterstützten Projekte in die öffentliche Wahrnehmung bringen.



Eine europaweite Kampagne zur Sensibilisierung für Energiesuffizienz starten

Motivation und Ziele

Suffizienz (in etwa: Genügsamkeit) wird vom IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) definiert als „eine Reihe von Maßnahmen und Verhaltensweisen, die die Nachfrage nach Energie sowie natürlichen Ressourcen verringern, und dabei gleichzeitig das Wohlergehen aller Menschen innerhalb der planetaren Grenzen sicherstellen“. Suffizienz ist nicht nur unerlässlich, um unsere Klimaziele im Rahmen sozialer Gerechtigkeit zu erreichen, sondern hat unter anderem positive Auswirkungen auf die Kaufkraft und Lebensqualität der Bürger, aber insbesondere auch auf die industrielle und energiepolitische Souveränität des Kontinents. **Aus diesem Grund muss dieses Thema zusätzlich zur Energieeffizienz integraler Bestandteil des Wiederaufbaus einer engen deutsch-französischen Zusammenarbeit im Energiebereich sein.** Seine europaweite Verbreitung stellt ein neues, positives, verbindendes und mobilisierendes Narrativ in den Vordergrund.

Empfehlung

Wir schlagen vor, eine große europäische Kampagne zur Sensibilisierung und positiven Kommunikation über Energiesuffizienz und ihre kurz- und langfristigen Vorteile zu starten. Suffizienz ermöglicht es, den ökologischen Fußabdruck unserer Gesellschaften zu verringern sowie gleichzeitig eine Neuverteilung von Ressourcen und Verbrauch nach dem Verursacherprinzip durchzuführen. Sie setzt auch die Einführung begleitender struktureller Gesetzgebung und Infrastrukturen voraus, die jegliche „Top-down“-Interpretationen dieses Ansatzes vermeiden.

Vorgehen :

- **Start einer europaweiten Werbekampagne, die für Energiesuffizienz als Mittel für Resilienz, Unabhängigkeit und Klimaschutz wirbt** und auch die konkreten Vorteile für die Bürger hervorhebt: Gesundheit, finanzielle Einsparungen etc. Die Kampagne schlägt Anreize für Haushalte und Unternehmen vor, um eine echte Kultur der Suffizienz in Europa zu etablieren. Zum Beispiel: geringere Geschwindigkeit beim Autofahren, weniger fleischhaltige Ernährung etc.
- **Möglichkeit für die Behörden, ihre Maßnahmen zur Förderung der Energieeinsparung in den Vordergrund zu stellen, um mit gutem Beispiel voranzugehen.** Zum Beispiel: Regelmäßige Veröffentlichung von Sparindizes von Institutionen und Persönlichkeiten (im Rahmen ihrer öffentlichen Ämter und/oder als gewählte Vertreter:innen); Kommunikation über die unverzichtbare Infrastruktur und diesbezügliche öffentliche Maßnahmen zur Begleitung und Förderung individueller Verhaltensänderungen. Zum Beispiel: Bau von Fahrradwegen, Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs etc.

Umsetzung und vorhandene Ressourcen

Im Vorfeld der französischen EU-Ratspräsidentschaft Anfang 2022 hatte eine Bürgerkonferenz über die Zukunft Europas aus diversen Themen die Entwicklung der „Energiesuffizienz (sobriété), um weniger zu verbrauchen und Verschwendung zu stoppen“ zur obersten Priorität für den Kontinent erklärt. Wir möchten dieses Konzept auf der anderen Seite des Rheins und im weiteren Sinne in Europa („sufficiency“) populär machen. Die von uns vorgeschlagene Kampagne könnte sich an der französischen Kampagne „Chaque geste compte“ („jede Handlung zählt“) und der europäischen Kampagne „You are E“ („Du bist die EU“) orientieren, die im Zusammenhang mit der Energiekrise ins Leben gerufen wurden, und diese um eine Komponente zur Senkung der Nachfrage erweitern.



Einen europäischen Aktionsplan für Klimabildung initiieren

Motivation und Ziele

Ein besseres Verständnis der Probleme und Lösungen im Zusammenhang mit dem Klimawandel und der Umweltzerstörung ist entscheidend für die Kommunikation und Akzeptanz in der Bevölkerung der notwendigen Maßnahmen zu deren Bewältigung. Darüber hinaus verstärkt dieses Wissen die Mobilisierung und das konkrete Handeln der Bürger. Formelle Bildung (z. B. auf Schul- oder Universitätsebene) und informelle Bildung (z. B. durch Freiwilligeneinsätze) sind daher entscheidend für eine Zunahme und Verbesserung der Maßnahmen gegen den Klimawandel und haben kurz- und langfristig große Hebelwirkung auf die gesamte Gesellschaft.

Empfehlung

Wir schlagen vor, einen europäischen Aktionsplan zur Klimabildung umzusetzen, um das Klimabewusstsein auf allen Ebenen der europäischen Gesellschaft zu verankern. Dies geschieht, indem die Integration von obligatorischen Klimakursen in Schulen, Berufsschulen und Hochschulen mit der ergänzenden Einführung eines für alle zugänglichen, zertifizierten europäischen ökologischen Freiwilligendienstes kombiniert wird. Bei all diesen Initiativen sollten insbesondere sozial benachteiligte junge Menschen angesprochen werden.

Vorgehen :

- **Aufnahme von Pflichtkursen zum Thema Klima- und Umweltschutz in Schulen, Ausbildungsstätten und Universitäten.** Alle Bürgerinnen und Bürger der EU machen sich die Grundlagen der Klima- und Umweltkrise für ihren persönlichen und beruflichen Werdegang zu eigen.
- **Einführung von deutsch-französischen (oder europäischen) Austauschprogrammen zum gemeinsamen Thema Klima,** das die Jugend über die Grenzen hinweg verbindet.
- **Einführung eines für alle zugänglichen, zertifizierten europäischen ökologischen Freiwilligendienstes.** Dieser sieht zwölf Monate praktische Erfahrung vor Ort vor, um ein tieferes Verständnis der Klimakrise und der Möglichkeiten, ihr aktiv zu begegnen, zu erlangen. Es gibt die Möglichkeit, den Freiwilligendienst ganz oder teilweise in einem anderen EU-Land zu absolvieren. Junge Menschen werden davon in Bezug auf Beschäftigungsfähigkeit und Kompetenzen in Berufen profitieren, die mit dem wirtschaftlichen Übergang und dem Umweltschutz in Verbindung stehen.

Umsetzung und vorhandene Ressourcen

Es gibt bereits europäische „Best Practices“ zum Thema Bildung, (z. B. „European Climate Change Curriculum“ oder das „European Literacy Program“ des „Climate Pact“), sowie nationale Initiativen (z. B. den „Jouzel Bericht 2022“ in Frankreich). In der Freiwilligenarbeit kann der Aktionsplan auf bereits existierenden Instrumenten aufbauen, insb. dem deutschen FSJ/FÖJ, dem deutsch-französischen ökologischen Freiwilligenjahr (DFÖJ), der französischen „Service Civique“, der Nachhaltigkeit gewidmete Pilotprojekt sowie dem „Europäische Solidaritätskorps“ (ESC) (siehe auch „American Climate Corps“ in den USA). Indem sie auf diesen bestehenden Praktiken und Initiativen aufbauen, können Deutschland und Frankreich die Grundlage für eine breitere europäische Initiative bilden, um die verfügbaren Finanzmittel und die Zahl der Freiwilligen zu vervielfachen.



Die Bahn zur ersten Wahl für Langstreckenreisen machen

Motivation und Ziele

Trotz wichtiger Initiativen wie der EU-Strategie für „nachhaltige und intelligente Mobilität“ bleibt der Mobilitätssektor hinter den Bemühungen zur Dekarbonisierung zurück, um das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 zu erreichen. Insbesondere auf langen, grenzüberschreitenden Strecken ist das Flugzeug noch allzu oft das bevorzugte Verkehrsmittel. Die Dekarbonisierung des Flugverkehrs ist jedoch kurzfristig nicht erreichbar. Um einen deutlichen Rückgang der Emissionen bei Langstreckenreisen zu ermöglichen, muss der Umstieg vom Flugzeug auf die Bahn systematisch gefördert werden, indem diese in Bezug auf Flexibilität, Preis und einfacher Nutzung und Buchung attraktiver gemacht wird.

Empfehlung

Wir schlagen die Erstellung eines echten Attraktivitätsplans vor, um die Bahn zur ersten Wahl für lange, grenzüberschreitende Reisen zu machen: mit einfachen und erschwinglichen grenzüberschreitenden Fahrkarten, harmonisierten Einkaufsplattformen, attraktiveren Richtlinien für Geschäftsreisen im öffentlichen und privaten Sektor sowie bedeutenden Investitionen in die Bahninfrastruktur.

Vorgehen :

- **Harmonisierung der Systeme für den Fahrkartenvertrieb, der Ticketpreise und der Fahrpläne für grenzüberschreitende Fernzüge in Deutschland und Frankreich.** Ein Ausbau der Ticketverkaufsmechanismen und der Fahrpläne für regionale Eisenbahnstrecken würde grenzüberschreitende Reisen wesentlich attraktiver machen.
- **Massive Investitionen zur Stärkung der nationalen und grenzüberschreitenden Eisenbahninfrastruktur.** Der Ausbau und die Erhöhung der Kapazität von Hochgeschwindigkeitsstrecken sowohl grenzüberschreitend als auch innerhalb der Länder wird die Reisezeiten verkürzen und damit die Attraktivität des Bahnfahrens erhöhen, z. B. zwischen den Knotenpunkten Paris, Straßburg, Lyon, Mannheim, Frankfurt.
- **Anreize für Unternehmen und den Staat schaffen, um nachhaltige Verkehrsmittel für Angestellte und Beamte zu fördern,** z. B. durch Änderungen des Bundesreisekostengesetzes und seines französischen Pendant. Wenn das Fahren mit dem Zug oder einem anderen nachhaltigen Verkehrsmittel effizient, einfach und kostengünstig ist, ändern sich die Gewohnheiten eines großen Teils der Gesellschaft.

Umsetzung und vorhandene Ressourcen

Eine schrittweise Verlagerung der bisherigen Subventionen für Kerosin und Benzin auf die Schiene sowie die Erhöhung des CO2-Preises im Transportsektor ist entscheidend, um den Ausbau der Schieneninfrastruktur zu beschleunigen und attraktive Fahrpreise zu erreichen. Die Europäische Kommission wird ihre Bemühungen auf 10 Pilotprojekte in ganz Europa konzentrieren, die bis 2029 einsatzbereit sein sollen. Wir fordern Deutschland und Frankreich auf, in Bezug auf die Infrastruktur und den Zeitrahmen ehrgeiziger zu sein.



Kurzstrecken in der Grenzregion emissionsarm gestalten

Motivation und Ziele

Die meisten täglichen Fahrten erfolgen über kurze Distanzen, häufig mit dem Auto. In grenzüberschreitenden Regionen wird die Infrastruktur der verschiedenen emissionsarmen Transportmittel wie Züge, Fahrräder, elektrische und per Wasserstoff betriebene Fahrzeuge oft nicht ganzheitlich und grenzüberschreitend gedacht. Um dies zu ändern, muss die Kommunikation zwischen den nationalen Akteuren auf den verschiedenen Entscheidungsebenen sowie die Kommunikation zwischen französischen und deutschen Akteuren in der grenzüberschreitenden Region gefördert und gestärkt werden, um gemeinsam besser voranzukommen.

Empfehlung

Wir schlagen die Einrichtung von Ausschüssen für die Entwicklung einer emissionsarmen Verkehrsinfrastruktur in grenzüberschreitenden Regionen vor, in denen alle relevanten nationalen und internationalen Akteure auf den verschiedenen Entscheidungsebenen vertreten sind, um die Zuständigkeiten zu klären, die Kräfte zu bündeln und Systeme zu entwickeln, die als nachahmenswertes Beispiel für grenzüberschreitende Regionen in ganz Europa dienen können.

Vorgehen :

- **Eine erste einfache Maßnahme wäre die Einführung eines „Europatickets“, das auf dem Prinzip des „Deutschlandtickets“ basiert.** Jeder EU-Bürger könnte ein nationales Ticket kaufen, das für den gesamten Regionalverkehr gilt, und könnte punktuell (z. B. monatlich) ein nationales Ticket eines oder mehrerer anderer EU-Länder hinzufügen.
- **Erhöhung der Investitionen in den Ausbau und die Instandhaltung der grenzüberschreitenden regionalen Eisenbahnnetze,** unterstützt durch Klärung der Zuständigkeiten der verschiedenen Akteure auf den verschiedenen Entscheidungsebenen auf beiden Seiten der Grenze sowie durch Zusammenlegung der Kosten und des gemeinsamen Nutzens der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.
- **Stärkung der Fahrradmobilität** durch Erleichterung der Zusammenarbeit zwischen benachbarten grenzüberschreitenden Gemeinden.
- **Schaffung von Anreizen für grenzüberschreitende Arbeitnehmer:innen, nachhaltige Verkehrsmittel zu bevorzugen,** z. B. durch die Bezuschussung von Zeitkarten aus dem Nachbarland oder durch Steuererleichterungen.

Umsetzung und vorhandene Ressourcen

Die Eurodistrikte zeigen, dass eine grenzüberschreitende Vision von Gebieten möglich ist. Auch die grenzüberschreitenden Straßenbahnen Straßburg-Kehl oder Saarbrücken-Sarreguemines, die grenzüberschreitenden Züge Straßburg-Offenburg oder die europäischen Fahrradwege sind positive Beispiele dafür. Der Erfolg des „Deutschlandtickets“ zeigt, dass es möglich ist, eine Einigung zwischen den Interessengruppen zu erzielen. Kurzfristig oder innerhalb einer ersten Versuchsphase schlagen wir vor, dass Reisende im Besitz des „Deutschlandtickets“ (oder eines französischen Äquivalents) mit diesem Ticket in der Grenzregion des Nachbarlandes fahren können.



Ein deutsch-französisches Jugendnetzwerk für die Landwirtschaft von morgen gründen

Motivation und Ziele

Deutschland und Frankreich spielen eine führende Rolle in der europäischen Agrarproduktion. Leider wird diese Rolle häufig durch die Förderung einer produktivistischen und/oder intensiven Landwirtschaft ausgeübt, die für die biologische Vielfalt und die Bürger:innen schädlich ist. Auf beiden Seiten der Grenze werden innovative und umweltfreundliche landwirtschaftliche Praktiken entwickelt, aber es mangelt ihnen an Sichtbarkeit und sie bleiben Randphänomene. Wir möchten diese innovativen und umweltfreundlichen Lösungen fördern, indem wir die Vernetzung aufstrebender Akteure und die Schaffung eines Instruments zur Stärkung der Bürger:innen fördern.

Empfehlung

Wir schlagen vor, ein deutsch-französisches Netzwerk für junge Landwirtinnen und Landwirte zu gründen, das sich auf den Austausch bewährter Praktiken konzentriert. Dieses Netzwerk würde unter anderem eine grenzüberschreitende Plattform für nachhaltige Landwirtschaft schaffen, die wissenschaftliche Informationen bereitstellt, Ausbildungs- und Entwicklungsangebote zentralisiert und mit den lokalen Verbraucherinnen und Verbrauchern in Verbindung steht.

Vorgehen :

- **Schaffung eines deutsch-französischen Promotionsnetzwerks mit Schwerpunkt Landwirtschaft,** um (1) das Engagement von Junglandwirtinnen und Junglandwirten und an der Landwirtschaft interessierten jungen Menschen zu fördern, (2) einen aktiven Austausch mit Treffen und Besuchen zu fördern sowie Kontakte zu Orten der Produktion, der ökologischen und technologischen Innovation und der politischen Entscheidungsfindung herzustellen und (3) kollektives Handeln zu unterstützen.
- **Entwicklung einer Plattform durch das Netzwerk mit drei Funktionen:** (1) „Information“, mit wissenschaftlichen Ressourcen zu wichtigen landwirtschaftlichen Themen (Ökonomie, Ökologie, Soziales usw.); (2) „Bildung und Entwicklung“, mit einer Liste von Möglichkeiten, sich zu engagieren, sich umzustellen, sich von anderen Akteuren inspirieren zu lassen, sich zu vernetzen, Zugang zu Finanzmitteln zu erhalten usw.; (3) „Konsum“, mit einem Zugang für Verbraucher:innen zum lokalen Netzwerk für nachhaltige und ökologische landwirtschaftliche Produktion sowie mit Optionen und Möglichkeiten für politisches Handeln.

Umsetzung und vorhandene Ressourcen

Verschiedene nationale und europäische Netzwerke (wie das CEJA) fördern den Kontakt zwischen Junglandwirtinnen und Junglandwirten und politischen Entscheidungsträgern. Andere Initiativen fördern den Austausch bewährter Praktiken oder die Entwicklung von lokalen, regionalen oder grenzüberschreitenden Netzwerken.

Die Verbindung zu den Verbraucherinnen und Verbrauchern wird jedoch nicht hervorgehoben, und die Möglichkeiten für kollektive Maßnahmen sind begrenzt. Ein Netzwerk und eine Plattform, die die besten Praktiken der deutsch-französischen Landwirtschaft bündelt und die später auf europäischer Ebene ausgeweitet werden kann, würde dem Sektor neue Impulse verleihen.



Lobende Erwähnungen

Die oben genannten Empfehlungen sind zum Zeitpunkt dieses Berichts am weitesten fortgeschritten, doch sie erschöpfen nicht die Gesamtheit der diskutierten Themen. In diesem letzten Abschnitt möchten die Mitglieder der Arbeitsgruppe „Klima und Umwelt“ einige der vielen nicht ins Detail entwickelten Ideen erwähnen, die möglicherweise in Zukunft vertieft werden könnten.

Im Bereich Engagement und Zivilgesellschaft:

- (1) Partnerschaften zwischen deutschen und französischen Kohleregionen stärken, um den Übergang zu beschleunigen;
- (2) Bürgergenossenschaften im Energiebereich durch ein europäisches Netzwerk verallgemeinern;
- (3) eine deutsch-französische Plattform für bürgerschaftliches Engagement einrichten und eine positive Kommunikation über die Erfolge der Bürger:innen formalisieren;
- (4) ein Netzwerk von Bürgerkammern für Ökologie ins Leben rufen.

Im Bereich Wirtschaft und Energie:

- (1) eine deutsch-französische politische Steuerung zugunsten der Suffizienz einrichten;
- (2) den europäischen Haushaltsrahmen überarbeiten, um die Finanzierung des Übergangs zu erleichtern;
- (3) Joint Ventures zwischen deutschen und französischen Unternehmen im Energiesektor sowie Partnerschaften auf Ebene der KMU fördern;
- (4) grenzüberschreitende Infrastrukturprojekte und energetische Sanierungen fördern;
- (5) eine ambitionierte deutsch-französische Diplomatie für nachhaltige Finanzen formalisieren.

Im Bereich Bildung und Ausbildung:

- (1) Verbreitung eines Modells für ökologische Klassenfahrten, das allen Lehrern zur Verfügung steht;
- (2) verstärkte Berücksichtigung der Themen Übergang und Ökologie bei der Einstellung und Ausbildung von hochrangigen deutschen und französischen Beamtinnen und Beamten, die diese Themen idealerweise gemeinsam behandeln;
- (3) Ausbau von Partnerschaften zwischen deutschen und französischen Schulen zu diesen Themen;
- (4) gezielte Austauschprogramme zwischen Ingenieurstudiengängen;
- (5) Stärkere Förderung einer fleischärmeren Ernährung.

Im Bereich kritische Rohstoffe:

- (1) die Abhängigkeit von Rohstoffen verringern, indem die Produktion und der übermäßige Verbrauch reduziert werden;
- (2) klare Ziele für die Reduzierung des Materialfußabdrucks einführen, um die globalen Grenzen einzuhalten;
- (3) keine Sonderrechte in Bezug auf verwandte Richtlinien (z. B. Wasserrahmenrichtlinie, Habitatrichtlinie, Vogelschutzrichtlinie) gewähren;
- (4) in der EU-Verordnung „Critical Raw Materials Act“ (CRMA) einem Kreislaufwirtschaftsansatz Vorrang einräumen, indem eine ehrgeizige Recyclingstrategie umgesetzt wird.

Im Bereich institutioneller und politischer Aspekte:

- (1) Formalisierung der Kommunikation zwischen den Klimaräten (z. B. dem „Haut Conseil pour le Climat“ und dem Expertenrat für Klimafragen);
- (2) Einrichtung eines deutsch-französischen Jugendklimarates.



Industrielle Souveränität



Einführung

Die industrielle Souveränität Deutschland und Frankreich ist eine zentrale Herausforderung, die unserer Meinung nach besondere Aufmerksamkeit erfordert. Eine effiziente und souveräne Industrie wird es unseren Ländern ermöglichen, die ökologischen und gesellschaftlichen Herausforderungen der heutigen Zeit zu bewältigen. Wir müssen die Innovationskraft und Fortschrittlichkeit Europas sichern und exportieren, um die Transformation zu gerechteren und nachhaltigeren Gesellschaften zu ermöglichen. Der Aufbau einer effizienten und souveränen Industrie zwischen den Mitgliedstaaten ist dafür von entscheidender Bedeutung.

Eine Kernfrage in diesem Kontext ist, auf welcher Ebene die nationalen Anstrengungen zur industriellen Weiterentwicklung umgesetzt und gleichzeitig eine gemeinsame, länderübergreifende Anstrengung zu einem souveränen Europa geschaffen werden kann. Die von der Europäischen Kommission als „strategisch“ ausgewiesenen Technologie- und Industriesektoren sind solche, in denen Investitionen erforderlich sind, die kein Mitgliedstaat allein stemmen kann. Daher ist es notwendig, die einzelnen Bestrebungen von Mitgliedstaaten zu harmonisieren, um so eine höhere Skalierbarkeit, schnellere Innovation(en) und eine bessere Wettbewerbsfähigkeit von „Made in Europe“ zu ermöglichen. Ein besonderer Fokus liegt dabei auch auf dem Zusammenfügen einzelner Technologiebausteine. Dieses geschieht regelmäßig in Kooperationen, die durch komplexe industrielle Zusammenhänge und große kulturelle Vielfalt gekennzeichnet sind.

FOKUS

Vor diesem Hintergrund haben wir zwei Arbeitsschwerpunkte identifiziert:

Der erste zielt darauf ab, die Arbeitsteilung in Europa effizienter zu gestalten und so eine länderübergreifende Harmonisierung wirtschaftlicher Anstrengungen und Investitionen, insbesondere in den zuvor erwähnten strategischen Sektoren, zu schaffen. Der zweite Arbeitsschwerpunkt fokussiert sich auf die grenzüberschreitende Aus- und Weiterbildung von Innovationsakteuren, Forscher:innen und Ingenieur:innen.

Wir sind davon überzeugt, dass die industrielle Souveränität Europas nicht von einem nachhaltigen, innovativen und integrativen Ansatz getrennt werden kann, der die Grundlage für den Wandel hin zu nachhaltigen Gesellschaften bildet. Wir konzentrieren uns in unseren Empfehlungen auf die deutsch-französische Zusammenarbeit, welche als Motor für Europa fungieren kann.



Bilaterale Strategien für eine technologische Souveränität institutionalisieren

Motivation und Ziele

Die strategische Koordination und Kooperation der europäischen Länder ist eine Stärke, durch die die industrielle Souveränität Europas weiter gefestigt werden kann. Heute konzentrieren sich die Anstrengungen Deutschlands und Frankreichs vor allem darauf, wie sich jedes Land für sich von wirtschaftlichen Abhängigkeiten lösen und durch die Entwicklung von Zukunftstechnologien stärken kann. Eine institutionalisierte, grenzüberschreitende Betrachtung würde es jedoch ermöglichen, die für eine bessere Koordination notwendigen gemeinsamen Kompetenzen und Investitionsprojekte zu identifizieren. Das Ziel soll nicht darin bestehen, den Wettbewerb zwischen Unternehmen zu unterbinden, sondern vielmehr das große Potenzial gemeinsamen Wachstums und wirtschaftlicher Entwicklung freizusetzen. Dieses Potenzial liegt in der strategischen Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Regierungen.

Empfehlung

Wir schlagen vor, für strategisch relevante Industriezweige bilaterale Strategien systematisch zu entwickeln und diese zu institutionalisieren. Dieser Ansatz würde zugleich die Zusammenarbeit von Unternehmen in Deutschland und Frankreich stärken.

Vorgehen :

- **Identifizierung und Einigung auf gemeinsame strategische Interessensbereiche:** Erstellung einer Liste der Bereiche, in denen eine globale Führungsrolle Europas angestrebt wird. Diese Liste wird sowohl Industrie- als auch Forschungsbereiche umfassen.
- **Jede nationale Strategie in Bereichen, die einer starken externen Abhängigkeit unterliegen oder einen Beitrag zu unserer technologischen Souveränität leisten, muss um eine bilaterale Strategie erweitert werden.** Ein erster Schritt besteht darin, gemeinsame Ziele zu definieren.
- **Institutionalisierung der Harmonisierung von nationalen Entscheidungen und Strategien,** indem die Beteiligung der relevanten Akteure des anderen Landes (z. B. auf Ministeriumsebene) vor der Verabschiedung einer neuen nationalen Strategie verbindlich vorgeschrieben wird.
- **Entwicklung einer digitalen Begegnungsplattform für Unternehmen,** um die Entstehung umfassender grenzüberschreitender Ökosysteme zu fördern, die gemeinsame Investitionen begünstigen. Diese Plattform wird Unternehmen, insb. auch Start-ups, den Austausch von Best Practices und die Entwicklung gemeinsamer Strategien ermöglichen und vereinfachen.

Umsetzung und vorhandene Ressourcen

Ein erster Schritt in Richtung bilateraler Strategien kann in der deutschen Strategie für Künstliche Intelligenz (KI) gesehen werden. Der deutsch-französische Ministerrat und die unterschiedlichen deutsch-französischen politischen Gremien wie die deutsch-französische Parlamentarische Versammlung könnten eine Institutionalisierung des Austauschs über die Harmonisierung gemeinsamer Strategien ermöglichen. Die Initiativen „Chantier Europe“ der French Tech Corporate Community und „Scale-Up Europe“, die von der französischen Regierung unterstützt werden, könnten die oben vorgeschlagene Plattform für Unternehmensbegegnungen fördern .



Neue Formate für den akademischen und beruflichen Austausch initiieren

Motivation und Ziele

Die Umsetzung bilateraler Strategien zur Stärkung der industriellen Souveränität Europas braucht Spitzenpersonal, das in komplexen industriellen Zusammenhängen tätig ist. Um das in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit liegende Potential freizusetzen, bedarf es neuer Lernformate, in denen Studierende und Berufstätige üben, technisch anspruchsvolle Projekte im internationalen Umfeld zu bearbeiten. Diese Zusammenarbeit wird nicht nur den Austausch von Best Practices erleichtern, sondern auch das Kennenlernen der Arbeitswelt in beiden Ländern fördern. Auch die Entwicklung neuer tragfähiger technischer Lösungen könnte ein Ziel solcher Austauschformate sein. Auf diese Weise werden Verbindungen zwischen der akademischen Welt und der Industrie gefördert, während Studierende und Berufstätige in einem multikulturellen Umfeld Gemeinsames (er)schaffen.

Empfehlung

Wir schlagen vor, neue Formate für den akademischen und beruflichen Austausch zu schaffen, die auf der gemeinsamen Lösung konkreter Problemstellungen in den jeweils als strategisch ausgewiesenen Sektoren basieren. Hierdurch soll die Mobilität von Fachkräften und Studierenden erleichtert, die Zusammenarbeit gestärkt und das Verständnis der Arbeitswelten zwischen den Ländern vertieft werden.

Vorgehen :

- **„Grand Tech Challenges“:** Um die Zusammenarbeit zwischen Studierenden aller Fachrichtungen zu stärken, wird eine „Grand Tech Challenge“ für einen der strategischen Bereiche ins Leben gerufen. Die Idee ist, dass eine Universität (abwechselnd in Deutschland und Frankreich) ein Semester lang Studierende zu einer konkreten Problemstellung in einem für die europäische Industrie strategischen Sektor empfängt. In einem binationalen und multidisziplinären Team entwickeln die Studierenden mit einem festgelegten Budget und Zeitrahmen ein Modell und somit eine greifbare und umsetzbare Lösung. Eine Jury bestehend aus Industrieexperten wird die innovativsten Lösungen prämiieren. Die Industriepartner und die Universitäten werden konkrete Mittel zur Verfügung stellen, wie Labore, Ausrüstung oder auch Zugang zu Expertinnen und Experten.
- **Erasmus-Berufsprogramm,** das Unternehmen dazu anregt, ihren Mitarbeitenden einen Aufenthalt in einem Unternehmen des Partnerlandes anzubieten (sollte später auf die EU ausgeweitet werden). Unternehmen, die in Deutschland und Frankreich vertreten sind, gehen je nach Industriebereich Unternehmenspartnerschaften ein, die den fachlichen Austausch erleichtern und den Weg für eine Zusammenarbeit bei Innovationen stärken.

Umsetzung und vorhandene Ressourcen

Das Projekt „Grand Tech Challenges“ könnte von Unternehmen unterstützt werden, die auch als Expertenjury fungieren und bereit sind, eine konkrete Problemstellung einzubringen, auf deren Grundlage die Teams arbeiten. „Hackathons“, aber auch andere Wettbewerbe wie „WorldMUN“ oder „WorldSkills“ könnten dem als Vorbild dienen. Mit dem französischen „Volontariat International d'Entreprise“ (VIE) gibt es bereits vorhandene Strukturen, die die Mobilität zwischen beiden Ländern ermöglicht und auf dessen Grundlage ein deutsch-französisches Programm aufgebaut werden könnte (später dann Erweiterung auf den europäischen Raum). Das Erasmus-Programm wird bereits auf der Ebene der allgemeinen und beruflichen Bildung umgesetzt. Erstrebenswert wäre eine Erweiterung dieses Programms auch auf die berufliche Laufbahn. So könnten insbesondere (junge) Berufstätige, die in strategischen Bereichen tätig sind, für die Bedeutung der europäischen Ebene sensibilisiert werden.



Gesundheit



Einführung

Gesundheit ist das wichtigste Gut für den Menschen, denn „ohne Gesundheit ist alles nichts“ (Schopenhauer).

Die Pandemie hat uns erneut vor Augen geführt, was passiert, wenn Grenzen geschlossen werden. Gleichzeitig konnten wir aber auch sehen, wie essenziell wichtig die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Koordination in der Gesundheitspolitik ist.

Gesundheit kennt keine Grenzen

Das bedeutet, dass Patient:innen die bestmögliche Versorgung dort finden, wo sie am nächstgelegenen ist, egal ob im eigenen Land oder über die Landesgrenze hinaus. Eine wichtige Säule dabei ist die Harmonisierung der Gesundheitssysteme und der Interoperabilität. Die Digitalisierung bietet hier sehr große Chancen, um die Versorgung und Pflege in Europa zu „revolutionieren“.

In einer Welt, die geprägt ist vom Klimawandel, in der wir unsere Anstrengungen massiv ausbauen müssen, um gegen diesen zu kämpfen, sollte **der „One Health-Ansatz“ entscheidend sein in der Ableitung gesundheitspolitischer Maßnahmen.**

FOKUS

Unsere Empfehlungen basieren auf der Grundlage,

dass wir nur über **Netzwerke und interdisziplinären Austausch gemeinsam mehr schaffen können** und möchten Impulse zu Gesundheit für alle geben, indem wir auf **europäische Synergien** setzen.



Die grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich vertiefen

Motivation und Ziele

Im Bereich der Gesundheit stehen der konkreten deutsch-französischen Zusammenarbeit noch viele Hürden entgegen. Dabei hat die Pandemie gezeigt, welches Potential für die Verbesserung der Versorgung jeder Patientin und jedes Patienten die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Gesundheit und Pflege bringt. Wohnortnahe „Best Point of Care“ sollten nicht an Landesgrenzen aufhören, besonders in den Grenzregionen. Gemäß unserer gelebten europäischen Realität setzen wir uns dafür ein, dass die Lehren aus der Pandemie genutzt werden, um die Zusammenarbeit im Bereich der medizinischen Versorgung grenzüberschreitend effektiv umzusetzen.

Empfehlung

Wir fordern den verstärkten Ausbau grenzüberschreitender Zusammenarbeit im Bereich der medizinischen Versorgung durch gezielte Maßnahmen, um Patientinnen und Patienten jederzeit bestmögliche, wohnortnahe und bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung anbieten zu können.

Vorgehen :

- **Harmonisierung der Abrechnungssysteme** im Zuge der Implementierung des Europäischen Gesundheitsdatenraums (EHDS). Deutschland und Frankreich sollten sich gemeinsam in und für Europa einsetzen und das EDHS voranbringen.
- **Nutzung und Ausschöpfung des Potentials der elektronischen Patientenakten**, um grenzüberschreitende Behandlung für alle Patientinnen und Patienten in Europa unabhängig des Wohnorts zu ermöglichen. Die wohnortnahe Versorgung sorgt zudem dafür, dass der Gesundheitssektor (vor allem im Krankenhausbereich) durch reduzierte CO₂-Emissionen nachhaltiger wird. Auch hier kann die Digitalisierung beitragen (z. B. Patientenwege reduzieren durch Telemonitoring, E-Rezept für chronisch Erkrankte).
- **Harmonisierung der Curricula der Medizin- und Pflegestudierenden**, um einen grenzüberschreitenden Einsatz und die Anerkennung von Auslandssemestern zu ermöglichen
- **Ausbau von Pilotprojekten** nach Vorbild des „MOSAR-Korridor“ im Eurodistrict Saar Moselle (Experiment einer doppelten deutsch-französischen Krankenversicherung)

Umsetzung und vorhandene Ressourcen

Unsere Empfehlungen erfolgen auch im Kontext des Europäischen Gesundheitsdatenraums (EDHS). Nicht überall (z. B. in Deutschland im Gegensatz zu Frankreich) ist die Infrastruktur zur Einführung einer elektronischen Patientenakte bereits ausgebaut. Die Kosten einer grenzüberschreitenden Harmonisierung und Interoperabilität der Systeme werden sich langfristig durch Einsparpotential in Pflege und Versorgung amortisieren. Zudem bietet die Digitalisierung eine Chance hinsichtlich der Vermeidung von Doppelmedikationen, der frühzeitigen und gezielten Therapie von Patientinnen und Patienten durch konsequente Auswertung von Gesundheitsdaten und vor allem der Einsparungen durch eine schnellere Kommunikation bzw. effizientere Dokumentation und Verwaltungsabläufe.



Erinnerungs- politik



Einführung

Als Mitglieder der Generation Europa sind wir Erbinnen und Erben der deutsch-französischen Geschichte. Unsere binationale – und zunehmend auch die europäische – Zusammenarbeit wurde erst durch die Aufarbeitung der Kriege und Verbrechen gegen die Menschlichkeit möglich, die die Geschichte des Kontinents prägen. Heute zeigt sich auf beiden Seiten des Rheins die Notwendigkeit, diese Erinnerungspraktiken um die Geschichte der Kolonialzeit und andere Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu erweitern.

Diese Tatsache hat uns zu einer erneuten Reflexion über die Rolle der Erinnerungspolitik in den deutsch-französischen Beziehungen bewegt, die somit auch die Beziehung zu ehemals kolonisierten Ländern mit einbeziehen muss. Wir möchten den drei Expertinnen danken, die wir zu diesen Themen befragen durften: Michaela Feurstein-Prasser (Historikerin und Kuratorin), Maisha-Maureen Auma (Erziehungs- und Genderwissenschaftlerin) und Bénédicte Savoy (Kunsthistorikerin). Ihre Einschätzungen waren in unseren Recherchen und für die folgende Argumentation richtungsweisend. Ein politischer Wille zur Erinnerung bildet seit jeher einen Grundpfeiler der deutsch-französischen Freundschaft, die vor nunmehr 60 Jahren mit dem Elysée-Vertrag begründet wurde. Die Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschlands und der Vichy-Regierung, die Shoah, aber auch die zahlreichen Rivalitäten und Kriege zwischen Deutschland und Frankreich werden in dieser Freundschaft nicht verdrängt oder heruntergespielt: Im Gegenteil, durch eine bewusste gemeinsame Betrachtung der Vergangenheit wurden Weichen gestellt für eine solidarische und pazifistische Zukunft.

In beiden Ländern, aber auch bilateral, wurden über die Jahre Erinnerungsorte, Mahnmäler und Museen eingerichtet und gemeinsame Zeremonien der Erinnerung institutionalisiert. Auch zivilgesellschaftliche Maßnahmen basieren auf dieser deutsch-französischen Erinnerungspolitik, wie beispielsweise die Gründung von Städtepartnerschaften, die Etablierung von Schüleraustauschen, französischem bzw. deutschem Fremdsprachenunterricht, integrierten Studiengängen und nicht zuletzt auch die Gründung des Deutsch-Französischen Bürgerfonds und des Deutsch-Französischen Jugendwerks. Seit den 1980er-Jahren hat sich dazu in Deutschland die sogenannte „Erinnerungskultur“ herausgebildet, die Anerkennung und Aufarbeitung historischer Schuld zur Staatsraison erklärte. In Frankreich hat sich die Chirac-Regierung der 1990er-Jahre der Aufklärung des Vichy-Regimes verschrieben.

Der Diskurs über diese Erinnerungspraktiken ist aber nun seit einigen Jahren in einer neuen Phase angekommen. Die Aufklärung der Kolonialvergangenheit wurde seit der Dekolonisierung in den 1950er und 1960er Jahren auf französischer Seite zunehmend unumgänglich, und in Deutschland haben die Diskussionen um

das Humboldt Forum im Jahr 2020 die Aufarbeitung der ebenfalls massiven, aber kaum bekannten, Kolonialvergangenheit in den öffentlichen Fokus gerückt. Wissenschaftliche wie zivilgesellschaftliche Stimmen fordern daher die Ausweitung der Erinnerungskultur auf die Aufarbeitung des Kolonialismus und anderer Verbrechen gegen die Menschlichkeit, ohne dabei die Relevanz der bisherigen Thematiken infrage zu stellen. Auch auf politischer Ebene beginnen beide Nationen, ihre Verantwortung als ehemalige Kolonialmächte für ihre globalen Partnerschaften ernst zu nehmen. So spielen heute in der deutschen wie französischen Kultur- und Außenpolitik Berichte von Expertinnen und Experten, die Diskussion um öffentliche Entschuldigungen und Entschädigungen sowie die Restitution von Kulturgütern bereits eine Rolle.

Als erster Jahrgang der Generation Europa fühlen wir uns der Tradition der Aufarbeitung von – und Erinnerung an – Nationalsozialismus, Nationalismus und Militarismus verpflichtet und hoffen, dass deren Fortführung auf politischer wie zivilgesellschaftlicher Ebene weiterhin ihre Ziele verfolgt. Gleichzeitig sind wir auch Zeitgenossinnen und Zeitgenossen der aktuellen Herausforderungen und Neuorientierungen. Wir hoffen, dass Deutschland und Frankreich auch im Bereich der Erinnerungspolitik ihre Rolle als Motor des europäischen Gedankens ernst nehmen und die Versprechen ihrer humanistischen Traditionen einlösen. Die folgenden Empfehlungen sind daher von der Überzeugung geprägt, dass

- unsere Erinnerungsdiskurse und -praktiken diversifiziert werden müssen, um sich post-kolonialen und weiteren Perspektiven zu öffnen und so in unseren multikulturellen Gesellschaften die Teilhabe und Repräsentation aller zu gewährleisten.
- Erinnerungspraktiken auch für Schulklassen und bildungsferne Zielgruppen zugänglich sein müssen und daher zusätzliche ansprechende und niederschwellige Formate gefunden werden müssen.
- Deutschland und Frankreich beweisen müssen, dass sie zu einer Geopolitik in der Lage sind, die egalitäre Beziehungen aufbaut, durch die auch unsere nicht-europäischen Partner:innen – und besonders ehemals kolonisierte Länder – wirtschaftlich und gesellschaftlich gestärkt werden.



Eine deutsch-französische Wanderausstellung zu pluraler Erinnerung entwickeln

Motivation und Ziele

Unsere Erinnerungsdiskurse und -praktiken dürfen nicht in einer bestimmten Epoche oder einem bestimmten Format verhaftet bleiben. Sie müssen sich an die gesellschaftlichen Entwicklungen und die aktuellen Herausforderungen anpassen. Angesichts der sozialen Veränderungen, die sich in der deutschen und französischen Gesellschaft aufgrund postkolonialer Migration und der Ankunft von Gastarbeitenden und Geflüchteten vollzogen haben, ist es heute für beide Länder notwendig, den Rahmen der Geschichten auszuweiten, an die wir uns kollektiv erinnern wollen. Gleichzeitig brauchen wir Formate für diese plurale Erinnerungsarbeit, die sich nicht nur an das Bildungsbürgertum richten, sondern breite Repräsentation und Zugänglichkeit ermöglichen. Die hier vorgeschlagene Wanderausstellung ist daher als ein Projekt im Stadtraum konzipiert.

Empfehlung

Konzeption und Umsetzung einer Wanderausstellung, die in Deutschland und Frankreich zirkuliert und Grundlagen pluraler Erinnerung im europäischen Kontext thematisiert.

Vorgehen :

- **Pluralität von Erinnerung zum Thema machen**
An verschiedene Geschichten zu erinnern, bedeutet nicht, der mahnenden Erinnerung an Weltkriege und Shoah weniger Relevanz beizumessen. Die Pluralisierung der Erinnerung erlaubt es allen Mitgliedern unserer postmigrantischen Gesellschaften, sich als Teil der jeweiligen Nation und Europas zu verstehen und gleichzeitig Empathie für andere Mitglieder der Gesellschaft zu entwickeln.
- **Die Zentralität von Frieden für das europäische Projekt begreiflich machen**
Deutschland, Frankreich, aber auch andere Länder Europas tragen die historische Verantwortung für zahlreiche Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Die Ausstellung hilft, mehr darüber zu erfahren, um Europa als Friedensprojekt erlebbar zu machen.
- **Wanderausstellung im Stadtraum, um Erinnerung für alle zugänglich zu gestalten.**
Erinnerungsarbeit muss stärker auch außerhalb der gewohnten Institutionen gefördert werden, um für alle gesellschaftlichen Gruppen zugänglich zu sein. Daher empfehlen wir eine Ausstellung außerhalb des Museums, zum Beispiel im Stadtraum oder auf dem Land. Durch eine wechselnde Ausstellung in Deutschland und Frankreich werden der Austausch und die Verbindung zwischen unseren Ländern gestärkt.

Umsetzung und vorhandene Ressourcen

Pascal Blanchard hat von 2013 bis 2015 ein wieder aktuelles Projekt zu pluraler Erinnerung in Arbeitervierteln begleitet. Im Ausstellungsbereich ist die 2023 im Jüdischen Museum München gezeigte deutschsprachige Ausstellung „Die letzten Europäer“ ein sehr gelungenes Beispiel. Wir empfehlen, diese zu übersetzen und hinsichtlich eines außermuseumsebenen Konzepts zu erweitern.



Kolonialgeschichte in der Schulbildung verankern

Motivation und Ziele

Die Geschichten derer, die heute in Deutschland und Frankreich leben, sind vielfältig (Empfehlung 1). Aus den Weltkriegen und der Shoah resultiert für beide Länder eine besondere Pflicht zur Erinnerung, die nichts an ihrer Relevanz verloren hat. Seit Jahren wird aber darauf hingewiesen, dass unsere Staaten ebenfalls eine große historische Schuld für die Verbrechen des Kolonialismus tragen, der sie sich bisher nur in geringem Maße stellen. Während sich also unsere Erinnerung generell pluralisieren muss, bedarf insbesondere die Aufarbeitung des Kolonialismus besonderer Aufmerksamkeit. Als zentrale Stelle für Persönlichkeitsbildung und gesellschaftliche Kohäsion sehen wir hier die Schulen in der Pflicht.

Empfehlung

Die Kolonialgeschichte muss als Lerngegenstand in den Lehrplänen relevant verankert werden.

Vorgehen :

- **Behandlung des Kolonialismus in Schulcurricula und Lehrbüchern ausweiten**
Bisher wird Kolonialismus meist nur am Rande im Geschichtsunterricht erwähnt und in seiner Relevanz für das damalige Europa dargestellt. Stattdessen muss er als Lerngegenstand ernst genommen und auch aus nichteuropäischer Sicht verstanden werden. Nicht nur die Geschichts-, sondern zum Beispiel auch die Sozialkunde-, und Geographie- und Fremdsprachen-Lehrpläne sowie die jeweiligen Lehrbücher müssen dahingehend aktualisiert werden.
- **Partizipative Erinnerungskonzepte an Schulen einführen**
Damit Lerngegenstände verständlich werden, müssen sie einen lebensweltlichen Bezug für die Schüler:innen haben. Über den Fachunterricht hinaus empfehlen wir daher, zivilgesellschaftliche und kulturelle Angebote zu nutzen, wie beispielsweise Erinnerungsorte oder Begegnungen mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen.
- **Kolonialgeschichte im Lehramtsstudium verankern**
Lehramtsstudierende sind Multiplikatorinnen und Multiplikatoren innerhalb unserer Gesellschaften. Um die deutsche, französische und europäische Geschichte erfolgreich vermitteln zu können, muss die Schulung entsprechender Kompetenzen konsequent in der Lehramtsausbildung verankert werden.

Umsetzung und vorhandene Ressourcen

Die Stadt Berlin hat seit kurzem einen Prozess zur gesamtgesellschaftlichen und bildungspolitischen Aufarbeitung der Kolonialzeit begonnen, der unterstützt werden muss und als Beispiel für andere Kontexte dienen kann. Dazu gehören z. B. das Gutachten von Prof. Dr. Maisha Auma zur Qualität der Erinnerungsarbeit in Berliner Kitas oder der Abschlussbericht zum Berliner Kolonialismus-Erinnerungskonzept, der einen gesamtgesellschaftlichen Lern- und Erinnerungsort vorschlägt, der gerade auch auf Schulklassen zugeschnitten ist.



Eine Beratungsstelle für zivilgesellschaftliche Initiativen gründen

Motivation und Ziele

Erinnerungsorte und -praktiken müssen unabhängig von sozialer Herkunft zugänglich sein, um die gemeinsame Wertegrundlage für unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Häufig werden Auseinandersetzungen mit der Vergangenheit in beiden Ländern jedoch auf eine vermeintlich einheitliche Mehrheitsgesellschaft zugeschnitten, ohne migrations- und bildungsbiografische Bezüge zu berücksichtigen. Es scheint uns daher unabdingbar, in der Konzeption von Erinnerungspraktiken auch die Perspektiven und Gewohnheiten all derer zu beachten, die nicht der bildungsbürgerlichen Zielgruppe angehören. Dabei ist es nicht mit einer Diversifizierung von Museen und anderen Institutionen mit Bildungsanspruch getan; auch zivilgesellschaftliches Engagement muss verstärkt unterstützt werden.

Empfehlung

Einrichtung einer kostenlosen grenzüberschreitenden deutsch-französischen Beratungsstelle, die zivilgesellschaftliche Initiativen zur Erinnerungsarbeit und zum Austausch unterstützt.

Vorgehen :

- **Unterstützung bei und Ermutigung zu zivilgesellschaftlichem Engagement**
Zivilgesellschaftliche Initiativen können oft am effektivsten bildungsferne Zielgruppen erreichen. Um diese niedrigschwellig zu unterstützen, empfehlen wir die Einrichtung einer grenzüberschreitenden Beratungsstelle für die Bereiche Konzeption, Planung, Finanzierung und Umsetzung, die Interessierte auch mit bereits vorhandenen Strukturen in Verbindung setzt.
- **Beratung für plurale Erinnerungspraktiken**
Erinnerungsarbeit bildungs- und migrationssensibel zu gestalten, ist unumgänglich, wenn sie wirklichen Austausch und Begegnung ermöglichen soll. Die Beratungsstelle soll dabei durch Best Practice-Beispiele und Kontaktvermittlung unterstützen.
- **Internationale Beziehungsarbeit durch verbesserte Visapolitik**
In vielen Fällen implizieren Initiativen zur Erinnerung Begegnungen mit Menschen auch aus nichteuropäischen Ländern. Dazu muss die Visapolitik transparenter werden. Die Beratungsstelle kann Unterstützung bei Visa-Anträgen bieten und Zertifikate ausstellen, die die Beantragung von Visa für Erinnerungs- und Austauschprojekte vereinfachen.

Umsetzung und vorhandene Ressourcen

Zivilgesellschaftliche Initiativen zur Erinnerungsarbeit finden oft im Rahmen von Städtepartnerschaften oder Vereinen statt, denen aber vielfach Know-How und innovative Impulse fehlen. Gerade auch der Austausch mit nichteuropäischen Partnerorganisationen stellt hier oft noch eine Hürde dar. Die Beratungsstelle könnte z. B. mit dem Deutsch-Französischen Bürgerfonds verknüpft sein und von einem binationalen Team getragen werden.



Austauschprogramme und Förderlinien zur Kolonialgeschichte erstellen

Motivation und Ziele

Die historische Verantwortung Deutschlands und Frankreichs für Sklaverei und Kolonialismus ist bisher noch unzureichend historisch aufgearbeitet und als Erinnerungsgegenstand vor allem in Deutschland, aber auch in Frankreich, gesamtgesellschaftlich zu wenig verankert. Wichtige Schritte wie die Berichte an den französischen Präsidenten der vergangenen Jahre oder die Arbeit des „Comité pour la mémoire de l’esclavage“ müssen noch ihr gesellschaftliches Potenzial entfalten. Neben der Schulbildung (Empfehlung 2) empfehlen wir daher, zivilgesellschaftliche Initiativen und internationale Austauschformate zu stärken, die in diesem Bereich Erinnerungs- und Versöhnungsarbeit leisten.

Empfehlung

Ausweitung bestehender deutsch-französischer Erinnerungs- und Austauschformate, um die Geschichte von Sklaverei, Kolonialismus und Dekolonisierung aufzuarbeiten.

Vorgehen :

- **Bestehende deutsch-französische Formate ausweiten**
Zivilgesellschaftliche Erinnerungsarbeit in Deutschland und Frankreich wird durch bewährte und beliebte Institutionen unterstützt, die Projekte finanzieren (Deutsch-Französischer Bürgerfonds) oder Austausch und Begegnung ermöglichen (DFJW). Diese gelungenen Formate sollten durch zusätzliche Austauschprogramme und Förderlinien mit Bezug zur Kolonialgeschichte ausgeweitet werden. Davon profitiert gerade auch die Erinnerungsarbeit zivilgesellschaftlicher Initiativen.
- **Visapolitik für Austausch verbessern**
Wissenschaftliche, künstlerische und zivilgesellschaftliche Austausche mit nicht-europäischen Ländern scheitern oft an unberechenbaren Visaverfahren. Für die hier empfohlene Versöhnungsarbeit sind faire und transparente Prozesse unabdingbar.
- **Austausch, der allen Seiten nutzt**
Die unterstützten Formate müssen dazu dienen, neben Deutschland und Frankreich auch die anderen beteiligten Länder für die jeweils eigene Bevölkerung attraktiver zu machen, um die Gesellschaft zu stärken und dem „Brain Drain“ entgegenzuwirken.

Umsetzung und vorhandene Ressourcen

Mittel zur Aufarbeitung der Kolonialgeschichte sind oft an wissenschaftliche Institutionen gebunden (z. B. das „Centre Marc Bloch“) oder zeitlich begrenzt (z. B. bei „Kulturweit“). Das DFJW hat ein dezidiertes Interesse an der Inklusion von Drittländern in die bestehenden Formate, aber noch kein Projekt, das die Kolonialgeschichte bewusst in den Blick nimmt. Der Deutsch-Französische Bürgerfonds müsste seine Ausrichtung sowohl thematisch als auch auf die Inklusion von Drittländern hin erweitern.



Sprachen und Kultur



Einführung

Unsere Empfehlungen sind vor dem Hintergrund einer schwierigen Feststellung zu sehen: Das Erlernen von Deutsch und Französisch im jeweiligen Nachbarland geht immer weiter zurück, trotz sehr ehrgeiziger regionaler Initiativen (z. B. der saarländischen Frankreichstrategie), einer günstigen Demografie (nie zuvor lebten so viele Staatsangehörige des einen Landes im anderen oder gab es so viele Familien mit zwei Staatsbürgerschaften) und einer politischen sowie historischen Bedeutung, die zu anspruchsvollen Zielen motivieren (selten hatten Deutschland und Frankreich eine solche zentrale Stellung, insbesondere in Politik und Wirtschaft, gegenüber den anderen europäischen Ländern).

Dieses Paradoxon lässt sich oftmals durch die stets vorhandene Versuchung haushaltspolitischer Kurzsichtigkeit erklären, die dazu beiträgt, die Budgets zu kürzen. Die Konkurrenz durch die englische Sprache ist zwar real, sollte aber die Suche nach einem besseren Verständnis, die Stärkung der Beziehungen und des Austauschs sowie die Notwendigkeit der Mehrsprachigkeit auf europäischer Ebene nicht behindern.

Die Sprache bleibt somit einer der Eckpfeiler der Annäherung zwischen unseren Bevölkerungen und erfordert erneut starke und ehrgeizige Maßnahmen zur Förderung der zweisprachigen deutsch-französischen Erziehung. Sie legt den Grundstein für konvergierende Wege hin zu einer starken Beziehung zwischen Deutschland und Frankreich, die für ein geeintes und unabhängiges Europa unerlässlich ist. Um dazu beizutragen, beinhaltet unser Ansatz die gemeinsame Organisation von symbolträchtigen Vereins-, Sport- und Kulturveranstaltungen, insbesondere einer jährlichen deutsch-französischen Hauptstadt, die Gelegenheit für Begegnungen auf allen Ebenen bietet, aber auch gezielte Maßnahmen zum Zugang zu Kultur und Mobilität, um die Gelegenheiten für Begegnungen zu vervielfachen. Unsere Empfehlungen zielen auch darauf ab, die erfolgreichen gemeinsamen Instrumente DFJW und Bürgerfonds so zu gestalten, dass ihre Ausstrahlung, ihre Wirkung und ihr Einfluss auf europäischer Ebene weiter gestärkt werden, ohne ihre grundlegenden Ziele, die deutsche und die französische Sprache und Kultur zu teilen, aus den Augen zu verlieren.

FOKUS

Unsere Empfehlungen bekräftigen im Allgemeinen eine bevorzugte Rolle von Grenzregionen,

in denen der gegenseitige Austausch erleichtert wird und die sich immer dazu eignen, Vertiefungen und Initiativen zu testen, die dann ausgeweitet werden können. Sie betonen die Notwendigkeit der Bildung und der Ausrichtung auf die Jugend und streben gleichzeitig danach, die gesamte Gesellschaft in eine Dynamik der Öffnung einzubeziehen. Schließlich bekräftigen sie die Notwendigkeit und die Verantwortung für eine beispielhafte deutsch-französische Beziehung als weiteren Schritt hin zu einem starken Europa, das in der kulturellen Vielfalt geeint ist, die seinen Reichtum ausmacht.



Eine jährliche deutsch-französische Hauptstadt bestimmen

Motivation und Ziele

Die jeweilige Kultur der beiden Länder, jenseits der Stereotypen, bleibt der Bevölkerung des Nachbarlandes relativ unbekannt. Die gemeinsamen Treffen von Entscheidungsträgern und einflussreichen Akteuren beschränken sich auch oft auf Kreise von „Stammgästen“ oder sogar Expert:innen des „Deutsch-französischen“. Um eine treibende Kraft zu sein, scheint der deutsch-französischen Freundschaft also ein großes, symbolträchtiges Treffen zu fehlen. Inspiriert vom Modell der thematischen europäischen Hauptstädte (Kultur, Umwelt, Jugend usw.), geht es darum, ein zugleich populäres, kulturelles, sportliches und festliches Ereignis in einem deutsch-französischen Rahmen zu schaffen. Jedes Jahr wird somit die Kultur des anderen in den Vordergrund gestellt und gleichzeitig mit einer großen Konferenz mit starker internationaler Wirkung von Intellektuellen, Entscheidungsträgern und Akteuren vor Ort sowie aus der Wirtschaft zu aktuellen Themen kombiniert. Die deutsch-französische Freundschaft wird dabei mit einer Veranstaltung ausgestattet, die dem Wirtschaftsforum von Karpacz oder auch Davos gleichwertig ist. Jedes Jahr wird ein Drittland der Europäischen Union als Ehrengast eingeladen, um für Offenheit und Ausstrahlung zu sorgen.

Empfehlung

Wir schlagen vor, eine deutsch-französische Hauptstadt zu etablieren, jedes Jahr an einem anderen Ort und abwechselnd zwischen den Ländern, die eine Kombination aus populärer Veranstaltung und internationaler Konferenz darstellt.

Vorgehen :

- Die **Bewerbung** wird jedes Jahr einer Stadt abwechselnd aus Deutschland und aus Frankreich ermöglicht, wobei ein drittes EU-Land als Ehrengast eingeladen wird.
- Die Veranstaltung beginnt mit einer **Woche sportlicher, kultureller, gastronomischer und festlicher Aktivitäten**. Veranstaltungen werden anschließend mit zunehmender Bedeutung und Sichtbarkeit über das gesamte Jahr hinweg organisiert.
- Vor Ort wird eine **große internationale Konferenz** organisiert, die Meinungsbildende, Entscheidungsträger, Wissenschaftler:innen und Teilnehmer:innen aus der Industrie zusammenbringt, insbesondere solche, die vorher nicht im deutsch-französischen Austausch engagiert waren.
- **Mobilisierung von bestehenden Ökosystemen** für Städtepartnerschaften, Jugendarbeit und wirtschaftliche Integration, um zur Organisation der Veranstaltung beizutragen und diese zu einer Gelegenheit für die Vereinigung und Zusammenkunft der bestehenden Gemeinschaft zu machen.

Umsetzung und vorhandene Ressourcen

Der Deutsch-Französische Bürgerfonds wurde eingerichtet, um diese Art von Initiativen zu finanzieren. Er könnte die Verleihung des Hauptstadtstatus koordinieren, der dann von den Kandidaten mit Unterstützung des bestehenden deutsch-französischen Ökosystems genutzt wird, um fällige Kosten zu senken. Die Region Grand Est und das Saarland scheinen bereits potenzielles Interesse an der Ausrichtung einer ersten Veranstaltung zu signalisieren. Das Dreieck Saarbrücken-Sarreguemines-Forbach, das ideal auf halbem Weg zwischen Paris und Berlin liegt, würde von einer Neubelebung des Gebiets profitieren.



Den zweisprachigen Unterricht ab der frühen Kindheit aufwerten

Motivation und Ziele

Die Bewegungsfreiheit in der Europäischen Union ermöglicht es vielen Familien, sich in einem Land niederzulassen, das nicht ihr Geburtsland ist. Es gibt viele Familien mit zwei oder mehr Staatsangehörigkeiten. In diesem Zusammenhang müssen Deutschland und Frankreich, aufgrund ihres erklärten Willens zur Stärkung ihrer Beziehungen, starke Maßnahmen zur Förderung des zweisprachigen Unterrichts von Kindesalter an ergreifen. Dies fördert nicht nur die Eingliederung der Familien, sondern bewahrt auch die Idee, dass die europäischen Kulturen in ihrer Vielfalt nebeneinander bestehen können und sollen. Um die Leitung einer deutsch-französischen Kindertagesstätte, die wir befragt haben, zu zitieren: „Der Ausbau des Angebots an zweisprachigen Einrichtungen in jedem Land sollte eine selbstverständliche Aufgabe der Staaten sein und mehr Aufmerksamkeit erhalten. Leider treffen wir jedes Jahr auf zahlreiche Familien, die aufgrund fehlender Plätze darauf verzichten müssen.“

Empfehlung

Wir schlagen vor, dass einfache und kostengünstige Maßnahmen ergriffen werden, um den Druck auf das Bildungswesen zu verringern, das derzeit einen hohen Personalbedarf hat. Die Gleichwertigkeit von Abschlüssen und die Anforderungen an die Kenntnisse der Sprache des Partnerlandes müssen flexibler gestaltet werden, insbesondere in zweisprachigen Bildungseinrichtungen.

Vorgehen :

- **Die Beantragung von Äquivalenzen, insbesondere für Lehrdiplome, soll erleichtert oder sogar automatisiert werden**, vor allem bei der Planung einer beruflichen Tätigkeit in einer zweisprachigen Einrichtung.
- **Die Anforderungen an das Sprachniveau in der Landessprache im Falle von zweisprachigen Bildungseinrichtungen sollen gelockert werden**, insbesondere in der frühen Kindheit. Vervielfachung der Rekrutierungswege, insbesondere alternativer und ergänzender Art, z. B. durch eine Vervielfachung der Zahl der deutsch-französischen Freiwilligen.
- **Erwägung einer Modellregion für die Systematisierung eines Austauschs im Rahmen der Erstausbildung und/oder Weiterbildung im anderen Land für alle Sprachlehrer:innen**, aber auch für Lehrer:innen der Primarstufe und der frühkindlichen Bildung.

Umsetzung und vorhandene Ressourcen

Eine flexiblere Handhabung von Äquivalenzanträgen von Abschlüssen würde die Verwaltungskosten für diese Schritte senken, die Bereitstellung von neuem und derzeit mangelndem qualifiziertem Personal beschleunigen und generell die verfügbaren Plätze erweitern, um einer Abgrenzung entgegenzuwirken.



Den grenzüberschreitenden kulturellen Austausch beschleunigen

Motivation und Ziele

In der Politik zur Förderung des Sprachenlernens und interkultureller Begegnungen gibt es aktive und passive Methoden. Letztere sind zwar unsicher in ihrem Erfolg, haben aber immer tiefgreifendere und nachhaltigere Auswirkungen, da sie die Präferenzen und Handlungen des Publikums verändern und diese zu den eigentlichen Multiplikatoren der durchgeführten Politik machen. In Deutschland wie auch in Frankreich haben Innovationen im Bereich des Transports („Deutschlandticket“) und der Förderung des Kulturkonsums („Pass Culture“) zu massiven Verhaltensänderungen geführt, vor allem bei jüngeren Menschen. Eine Zusammenlegung dieser Politiken, zumindest in den Grenzräumen, würde zu einer Annäherung zwischen den beiden Ländern führen.

Empfehlung

Wir schlagen vor, informelle Begegnungen auf allen Ebenen zwischen den beiden Ländern zu fördern, und zwar durch Einbeziehung des Transports sowie durch Beihilfen für den kulturellen Konsum und für binationale Kreativität.

Vorgehen :

- **Aufbau eines integrierten ÖPNV-Angebots zwischen Deutschland und Frankreich**, zunächst im Grand Est, dann auf nationaler Ebene, auf der Grundlage eines einzigen Fahrscheins, dann eines Monatsabonnements (Bundesland und Deutschland), um den Austausch, insbesondere von Reisenden und Pendelnden, drastisch zu erhöhen.
- **Harmonisierung eines gemeinsamen Kulturpasses** zunächst im Grand Est und in den Grenzbundesländern, dann auf nationaler Ebene. Der Pass ermöglicht es jungen Menschen, zu denselben Bedingungen, im selben Aufkommen und bei denselben Anbietern von kulturellen Gütern und Aktivitäten in Frankreich und Deutschland Zugang zu kulturellen Angeboten zu erhalten.
- **Einrichtung eines gemeinsamen Fonds** zur Förderung der kreativen Arbeit großer Produktionen der darstellenden Kunst, wobei die paritätische deutsch-französische Zusammensetzung des Ensembles die einzige Zugangsbedingung ist, um das gemeinsame kulturelle Schaffen zu fördern und den europäischen und weltweiten Einfluss von Berlin und Avignon innerhalb der Szene voll auszuschöpfen.

Umsetzung und vorhandene Ressourcen

Parallel zur Ausarbeitung dieser Empfehlung wurden insbesondere zwischen der Region Grand Est und ihren deutschen Nachbarn ermutigende Initiativen zum „pass Culture“ und zum Transport verabschiedet, die die Relevanz der Ideen und das Interesse an einer Vertiefung dieser Zusammenarbeit zeigen, insbesondere mit staatlicher Unterstützung. Die Zersplitterung der Verkehrspolitik in Frankreich und die unterschiedlichen Alters- und Einkommensbedingungen für den „pass Culture“ machen den Austausch von „Best Practices“ und die gegenseitige Anerkennung in diesen Bereichen besonders interessant. Das gemeinsame Schaffen in der Welt der darstellenden Kunst scheitert an den drastischen Unterschieden der Systeme, die auf deutscher Seite von freischaffenden Künstlern und großen stationären Bühnen und auf französischer Seite vom Modell der „*intermittents du spectacle*“ geprägt sind. Ein gemeinsamer Fonds hätte eine vereinheitlichende Wirkung.



Das DFJW und den Bürgerfonds zu europäischen Hebeln machen

Motivation und Ziele

Das DFJW und der Bürgerfonds sind ein durchschlagender Erfolg der Politik zur Unterstützung der Jugend, der Sprachen und generell der Aktivitäten der Zivilgesellschaft; die Trägerlandschaft wird ständig erweitert, da sie Neuhinzukommenen kaum Hindernisse in den Weg legen. Somit eignen sie sich hervorragend für die informelle Bildung. Ohne die realen Schwierigkeiten zu leugnen, die in den letzten Jahren tendenziell zugenommen haben, erklärt die nationale und lokale Unterstützung des gemeinnützigen Sektors in Frankreich und Deutschland im Gegensatz zu seiner fast völligen Abwesenheit in anderen Mitgliedstaaten zweifellos, warum sich die Akteure beider Länder in den wichtigsten europäischen Programmen (Erasmus+, ESF, CERV usw.) relativ wenig positionieren. Die Akteure beider Länder werden trotz ihres demografischen Gewichts bei den Begegnungen der Verbände und der Jugend in diesem Rahmen ziemlich ausgeblendet. Selbst wenn das DFJW bereits Drittländern offensteht (mit spezifischen Programmen für den Balkan und Osteuropa), behalten diese beiden deutsch-französischen Institutionen somit ein ungenutztes Potenzial, um auf europäischer Ebene Einfluss zu nehmen.

Empfehlung

Wir schlagen vor, die Regeln für Begünstigte und Programme des DFJW und des Bürgerfonds anzupassen, um sie zu Multiplikatoren der deutsch-französischen Einfluss- und Sprachenstrategie auf europäischer Ebene zu machen.

Vorgehen :

- Zulassung von **Menschen aus Drittländern** als Zielgruppen für Aktionen des Bürgerfonds, um eine europaweite Strahlkraft der deutsch-französischen Veranstaltungen zu gewährleisten.
- **Änderung der derzeitigen DFJW-Regel für Drittländer** (die dann für beide Institutionen gelten würde), wobei die Verpflichtung zur Teilnahme von jeweils einem Drittel Deutscher und Franzosen beibehalten wird, das restliche Drittel (aus den förderfähigen Ländern) jedoch völlig frei zusammengesetzt werden kann, anstatt die Konzentration auf ein einziges Land vorzuschreiben.
- Beide Institutionen konzentrieren sich auf moderate Fördermittel, was ihre Zugänglichkeit gewährleistet. Die **Entwicklung eines Programms zur Bereitstellung von internen Expertinnen und Experten**, die die europäischen Fördermittel (Erasmus, CERV usw.) begleiten, würde aber die Skalierung vielversprechender deutsch-französischer Projekte und eine spätere finanzielle Überbrückung der deutsch-französischen Fördermittel, die punktuell bleiben müssen, ermöglichen.

Umsetzung und vorhandene Ressourcen

Der Zweck dieser Einrichtungen muss in erster Linie die Stärkung der deutsch-französischen Beziehungen und das Erlernen von Deutsch und Französisch bleiben, so wie es heute der Fall ist. Sich jedoch europäischen Aktionen und Wirkungen zu berauben, wie es der Bürgerfonds noch immer tut, ist eine schwere Entscheidung in einem offenen Europa. Sie macht die Veranstaltungen ärmer (Fehlen von Expertinnen und Experten aus anderen Ländern) und erschwert Deutschland und Frankreich die europäische Wirkung, die für sie jedoch selbstverständlich ist. Die Entscheidung des DFJW für ein einziges Drittland führt dazu, dass die deutsche und die französische Gruppe tendenziell untergehen und fördert praktisch den Gebrauch der englischen Sprache unter Jugendlichen.



Öffentliche Forschung



Einführung

Die akademische wissenschaftliche Forschung sowie die Forschung in gemeinnützigen Instituten bilden die Grundlage für eine unabhängige Forschung, die von der Motivation geleitet wird, das Wissen unserer Gesellschaften zu erweitern. Universitäten und öffentliche Forschungsinstitute fungieren zudem als Verbreiter von wissenschaftlichem Wissen und Ausbildungsstätten der Wissenschaftler:innen von morgen. Somit ist die öffentliche Forschung ein grundlegender Treiber der Innovation, der durch die industrielle Stärke unserer Länder ergänzt wird.

Doch sowohl in Frankreich als auch in Deutschland reißen die Hilferufe der Wissenschaftsgemeinschaft in allgemeinen Medien sowie in wissenschaftlichen Fachzeitschriften nicht ab. Dies zeigt sich insbesondere an zwei Phänomenen. Zum einen sind immer mehr Wissenschaftler:innen vom „**akademischen Burnout**“ betroffen, sodass sie ihr Arbeitspensum reduzieren müssen oder komplett aus der Forschung aussteigen. Andererseits existiert ein „**Brain Drain**“ einiger der besten wissenschaftlichen Talente ins Ausland, vor allem in die angelsächsischen Länder, und/oder u.a. in die Industrie und Wirtschaft. Diese Situation muss dringend **als gravierendes Problem betrachtet werden, das langfristig die globale Wettbewerbsfähigkeit Europas in der Innovation gefährdet**. Frankreich und Deutschland, zwei der Nationen mit dem größten Innovationspotenzial, müssen zeigen, dass ein anderer Ansatz für die Forschung möglich ist. **Europa hat alle Trümpfe in der Hand, um ein Forschungssystem zu stärken, das wettbewerbsfähig ist und die Work-Life-Balance respektiert**, indem es sich auf seine sozialen Errungenschaften sowie auf den Ruf und die Qualität seiner Forschungseinrichtungen stützt.

Hierfür müssen wir die akademische Forschung in Europa aufwerten, indem wir sie sichtbarer und attraktiver machen. Es ist essenziell, zum einen die Kommunikation zwischen Wissenschaftler:innen und Wissenschaftlern und Interessensgruppen sowie dem Rest der Gesellschaft zu verbessern, zum anderen die Karrierewege in der Forschung attraktiver zu gestalten; dies insbesondere durch die Diversifizierung der Karrieremöglichkeiten sowie durch drastisch verbesserte Arbeitsbedingungen. Um die Ideenvielfalt und den Austausch bewährter Praktiken zu fördern, können außerdem an Universitäten und anderen Forschungseinrichtungen deutsch-französische oder sogar europäische Diskussionsrunden eingerichtet werden.

Die folgenden detaillierten Empfehlungen sind ein erster Schritt in diese Richtung. Um sie zu vertiefen und eine solide Strategie zur Attraktivitätssteigerung der öffentlichen Forschung in Deutschland und Frankreich zu etablieren, empfehlen wir die Einrichtung von **deutsch-französischen Kolloquien zwischen Vertretungen der Forschenden**, in welche zusätzlich weitere europäische Länder aufgenommen werden können. Diese Kolloquien würden mit Unterstützung der in den Forschungseinrichtungen eingerichteten deutsch-französischen Diskussionsrunden organisiert werden. Sie dienen zum Austausch über **bewährte Praktiken und Probleme der respektiven Forschungssysteme, um eine gemeinsame Vision für die Zukunft eines nachhaltigen und zukunftsfähigen Forschungssystems zu entwickeln**. Diese deutsch-französische Zusammenarbeit im Bereich der öffentlichen Forschung kann zusätzlich auf weitere Akteure in der Forschung und Innovation ausgeweitet werden, wie wir es auch im Kapitel „Industrielle Souveränität“ vorschlagen.

FOKUS

Wir begrüßen es, dass sich der französische Präsident der Dringlichkeit einer Forschungsreform auf nationaler Ebene angenommen hat. Allerdings können auf die nationale Größenordnung beschränkte Reformen nicht den gewünschten Effekt haben, da ohne eine klare Strategie für die europäische Zusammenarbeit weiterhin Diskrepanzen zwischen unseren Forschungssystemen bestehen bleiben. Wir betonen außerdem, dass ein ehrgeiziger Reformplan nicht erfolgreich sein kann, wenn dieser keinen zentralen Platz für die forschenden Menschen einräumt, in ihrer Vielfalt und Leidenschaft, mit der sie ihre Schlüsselrolle für unsere Zukunft ausfüllen. So sollte die zukünftige Forschung gemeinsam mit ihnen aufgebaut und ihnen so die Möglichkeit gegeben werden, selbst Lösungen für die täglichen Herausforderungen auf lokaler und europäischer Ebene zu finden.



Wissenschaftskommunikation in die Gesellschaft aufwerten

Motivation und Ziele

Das Misstrauen in der Bevölkerung gegenüber Wissenschaft und Forschenden steigt, während wir zunehmend mit globalen Herausforderungen konfrontiert sind. Dies hat Folgen für die Forschung und die Gesellschaft, in Frankreich und in Deutschland. Zum einen macht dieses Misstrauen wissenschaftliche Berufe weniger attraktiv und verlangsamt wichtige Forschungsvorhaben. Zum anderen kann dieses Misstrauen zu mehr Falschinformationen und schlecht informierten politischen Entscheidungen führen. Bessere Strategien für die Wissenschaftskommunikation mit der Gesellschaft sind notwendig, um das Verständnis, die Anerkennung und die Wirkung wissenschaftlicher Ergebnisse in der breiten Öffentlichkeit zu steigern. Darüber hinaus würde eine höhere Anerkennung dazu beitragen, talentierte Menschen für die öffentliche Forschung zu gewinnen und zu halten.

Empfehlung

Wir schlagen vor, die Wissenschaftskommunikation stark zu verbessern, indem jede Forschungseinrichtung eine solide Strategie zur Wissenschaftskommunikation einführt, die (1) die Einstellung von spezialisiertem und geschultem Kommunikationspersonal und (2) eine europäische Verbreitungsstrategie mit Inhalten in mehreren Sprachen umfasst, die über die jeweilige Landessprache und Englisch hinausgehen.

Vorgehen :

- **Einführung einer zur Anzahl der Forschenden proportionalen Quote für professionell ausgebildetes Kommunikationspersonal in den Forschungseinrichtungen**, um eine zugänglichere und professionellere Wissenschaftskommunikation über standardisierte Kanäle zu generieren. Ein stärkerer Kontakt dieses Personals zu den Forschungsgruppen sorgt für eine qualitativ hochwertige und effektive Wissenschaftskommunikation, die die wissenschaftliche Bildung der Gesellschaft verbessert und Falschinformationen entgegenwirkt.
- **Erstellung und Anwendung von Leitlinien für die Wissenschaftskommunikation** zwischen Forschungseinrichtungen und Journalisten, Interessengruppen und der breiten Öffentlichkeit auf deutsch-französischer Ebene im Rahmen einer Arbeitsgruppe mit Mitgliedern aus verschiedenen Gesellschaftskreisen und Ländern.
- **An den Universitäten Kurse und praktische Übungen zur Wissenschaftskommunikation anbieten**. Diese Kurse wären in allen wissenschaftlichen Studiengängen in Frankreich und Deutschland obligatorisch und von Personen geleitet, die in Wissenschaftskommunikation ausgebildet sind.

Umsetzung und vorhandene Ressourcen

Die meisten Institute verfügen bereits über eine Kommunikationsabteilung, die im Verhältnis zur Anzahl der Forschenden oft unterbesetzt ist. Das Budget für den Ausbau könnte zum Teil aus dem Budget der Forschungseinrichtungen stammen und zum Teil aus Drittmittelfinanzierung. Da die Wissenschaftskommunikation ein integraler Bestandteil der Forschungswelt ist, ist außerdem eine stärkere Anerkennung und Einplanung der Unterstützung dieser Kommunikationsteams durch die Forschenden notwendig.



Wissenschaftlichen Karrieren für mehr Attraktivität neu denken

Motivation und Ziele

Innovation beruht auf Ideen, die von Einzelpersonen hervorgebracht und entwickelt werden. Besonders in den öffentlichen Forschungseinrichtungen leiden diese Menschen unter der Ungewissheit ihrer Karrieren und der zunehmenden Belastung durch Nebenaufgaben, die ihre Forschungstätigkeit beeinträchtigen. In Frankreich und Deutschland ist die Zeit zwischen der Promotion und der ersten festen Stelle in der Forschung erheblich angestiegen. Vor allem in Frankreich ist das Gehalt im Vergleich zu anderen Stellen auf demselben Bildungsniveau nicht wettbewerbsfähig, insbesondere im Vergleich zu anderen Ländern (z. B. USA, Großbritannien oder Schweiz). Um an der Weltspitze der Forschung und Innovation zu bleiben, braucht es deshalb eine deutsch-französische politische Anstrengung zur Steigerung der Attraktivität der wissenschaftlichen Karriere.

Empfehlung

Wir schlagen die Einführung konkreter Maßnahmen zur Erhöhung der Attraktivität wissenschaftlicher Laufbahnen vor, indem die heutige Belastung der Forschenden durch Nebenaufgaben verringert wird. Dies geschieht durch eine Diversifizierung der Karrierewege, eine Stärkung der Verwaltungs-, IT- und Kommunikationsabteilungen und eine bessere Betreuung durch zeitlich und tariflich gesicherte und transparent verfasste Arbeitsverträge, die dem wissenschaftlichen Abschluss angemessen sind.

Vorgehen :

- **Bereitstellung einer größeren Vielfalt an Karrierewegen** durch Arbeitsteilung für ein breiteres Spektrum an wissenschaftlichen Fachgebieten (z. B. Technologie, Verfassung von Projektanträgen, Kommunikation, Lehre) und Stärkung der Verwaltungs-, IT- und Kommunikationsabteilungen sowie des technischen Personals.
- **Systematische Einführung von Arbeitsverträgen, die der Höhe des Bildungsabschlusses und der Berufserfahrung angemessen sind**. Dies beinhaltet Doktorandenverträge mit gleichen Sozialleistungen für alle sowie eine Ausweitung des Angebots an unbefristeten Verträgen mit angemessener Vergütung. Dies sichert das wissenschaftliche Personal, ihr Fachwissen und berufliches Wohlbefinden und fördert gleichzeitig die Einstellung internationaler Expertinnen und Experten bzw. die Rückkehr von im Ausland tätigen Forschenden.
- **Bessere Betreuung des Arbeitsalltags und der Karriereplanung** durch bessere Erfassung der Arbeitszeit und der Arbeitsbelastung, die durch die Betreuung und Ausbildung von Studierenden entsteht. Darüber hinaus hilft eine spezifische Betreuung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern am Karriereanfang dabei, ihre berufliche Zukunft zu planen und so zur Optimierung und Bindung von Expertise beizutragen.

Umsetzung und vorhandene Ressourcen

In Deutschland wird derzeit zwischen verschiedenen Interessengruppen über das „Wissenschaftszeitgesetz“ diskutiert, doch die Ergebnisse sind bislang enttäuschend und gehen an der Realität der Arbeitsbedingungen in Forschungseinrichtungen vorbei. Dies gilt ebenso für Frankreich mit dem „Loi de programmation pour la recherche“ und den jüngsten Ankündigungen von Präsident Macron. Um die aktuellen Überlegungen zu vertiefen und eine nachhaltige und langfristig tragfähige Strategie für die Forschung zu entwickeln, betonen wir die Notwendigkeit zu Lösungen, die gemeinsam von Politik und Forschungspersonal erarbeitet werden.



Forschungseinrichtungen in gesunde Arbeitsplätze verwandeln

Motivation und Ziele

Der Burnout des wissenschaftlichen Personals ist insbesondere seit der COVID-19-Pandemie Gegenstand medialer Diskussionen und wird zurückgeführt auf Karriereunsicherheit, hohen Druck durch Mehrfachbelastung sowie ein schlechtes Arbeitsklima in Verbindung mit geringer gesellschaftlicher Anerkennung, was zu Phänomenen wie „*Quiet Quitting*“ führt. Diese Unzufriedenheit schadet nicht nur dem Einzelnen und seinem Leben enorm, sondern auch den wissenschaftlichen Einrichtungen, der Innovationsfähigkeit unserer Gesellschaften sowie dem Ruf der deutschen und französischen Forschung.

Empfehlung

Wir schlagen eine aktive Strategie zur Umwandlung von Forschungseinrichtungen in gesunde Arbeitsplätze vor, indem ein Index für psychisches Wohlbefinden eingeführt wird, der in die Förderkriterien für Projektfinanzierungen durch deutsche und französische Forschungsfördergeber aufgenommen wird.

Vorgehen :

- **Entwicklung eines Index für psychisches Wohlbefinden** in einem Team von Spezialistinnen und Spezialisten im Austausch mit deutschen und französischen Wissenschaftlern aus verschiedenen Karrierestufen und Wissenschaftsbereichen. Er wird die Vielfalt der Einflüsse auf das Wohlbefinden von Wissenschaftlern beachten, darunter ihre psychische Gesundheit, die Qualität der beruflichen Unterstützung, die Sinnsuche in ihrer Arbeit und die Existenz von Karriereperspektiven.
- **Berechnung und Veröffentlichung dieses Indexes auf der Ebene der Forschungseinrichtungen.** Die (obligatorische) Berechnung eines solchen Indexes und seine Veröffentlichung führen zu einem Wettbewerb der Institutionen auch nach Kriterien des psychischen Wohlbefindens, zusätzlich zu bestehenden akademischen Kriterien.
- **Den Zugang zu öffentlicher Forschungsfinanzierung an die Arbeitsbedingungen des Personals knüpfen**, indem dieser Index zusammen mit anderen Indikatoren für die Arbeitsbedingungen der Forschungseinrichtung (Anzahl erfolgreich verteidigter Promotionen, Rückkehr von Personal nach Postdoc-Aufenthalt, interne Beförderungquote, Quote psychischer Notlagen und zwischenmenschlicher Vorfälle) in die Bewertung einbezogen wird.

Umsetzung und vorhandene Ressourcen

Diese Empfehlungen richten sich an Arbeitgeber in der Forschung: in Frankreich die Universitäten, CNRS, IRD, INSERM und andere; in Deutschland Universitäten sowie die Institute der Max-Planck-, Helmholtz-, Leibniz- und Fraunhofer-Gesellschaften. Außerdem müssen sie von wichtigen öffentlichen Forschungsfördergebern wie der „*Agence nationale de la recherche*“ (ANR), der Deutschen Forschungsgesellschaft (DFG) und der Europäischen Kommission, umgesetzt werden.



Deutsch-französische Kreise in Forschungseinrichtungen gründen

Motivation und Ziele

Im Ausland lebende Studierende oder Berufstätige schätzen es wert, wenn sie im Gastland ein Stück ihrer Kultur wiederfinden. Umgekehrt sind Personen, die Erfahrungen in einem Drittland sammeln möchten oder in irgendeiner Weise mit dem Partnerland verbunden sind, froh, wenn sie sich in Kreisen zu Diskussion, Begegnung und Ideenaustausch beteiligen können. Auf Grundlage der bereits an einigen Universitäten bestehenden binationalen deutsch-französischen Kreise sind diese Initiativen sicherlich relativ einfach einzurichten und stellen einen Mehrwert hinsichtlich der Sichtbarkeit der deutsch-französischen Freundschaft insbesondere im akademischen Umfeld dar, und fördern die Entstehung einer gemeinsamen Vision für die Zukunft der Forschung.

Empfehlung

Wir schlagen vor, die Gründung und Vernetzung von deutsch-französischen Zirkeln an Universitäten oder großen Forschungseinrichtungen mit internationaler Reichweite in Frankreich und Deutschland systematisch zu fördern und zu erleichtern.

Vorgehen :

- **Ermittlung, Vernetzung und institutionelle Unterstützung bestehender deutsch-französischer Kreise** an deutschen und französischen Universitäten. Zwischen Universitäten mit starken Verbindungen kann ein System von Partnerschaften angestrebt werden. Diese Kreise wären ideale Katalysatoren für einen langfristigen Austausch.
- **Ermittlung potenzieller Projektträger** an Universitäten ohne solche Netzwerke unter Verwendung verfügbarer Informationen (z. B. Kontakte zu Botschaftsabteilungen oder Instituten für die Finanzierung europäischer Mobilitäten).
- **Bestätigung der Notwendigkeit einer aktiven Unterstützung der deutschen Botschaft in Frankreich bzw. der französischen Botschaft in Deutschland** um an Sichtbarkeit zu gewinnen, öffentliche Interessen zu prägen und die Netzwerke verschiedener öffentlicher Institutionen miteinander zu verbinden.
- **Organisation von deutsch-französischen Kolloquien, die Wissenschaftler:innen beider Länder auf verschiedenen Karrierestufen zusammenbringen und insbesondere die Stimmen der verschiedenen lokalen Netzwerke vertreten.** Auf diesen Kolloquien sollen bewährte Verfahren und Probleme sowie Lösungen des deutschen und des französischen Systems ausgetauscht werden, um eine gemeinsame Vision für die Zukunft eines langfristig tragfähigen und nachhaltigen Forschungssystems zu entwickeln.

Umsetzung und vorhandene Ressourcen

Lokale Communities gibt es in allen Fachbereichen der Universitäten, sodass bereits viele Modelle und Infrastrukturen vorhanden sind, die als Wegbereiter dienen können. Im Rahmen des Programms Generation Europa 2023 wurde an der Charité in Berlin eine deutsch-französische Gesprächsgruppe ins Leben gerufen. Sie war ein großer Erfolg und es wurden bereits vier Treffen in der zweiten Jahreshälfte 2023 organisiert. Das Projekt wurde direkt vom derzeitigen und vom vorangegangenen Dekan der Charité unterstützt. Die Organisation solcher Kreise kann ohne jegliches Budget, sondern rein durch guten Willen und Bereitschaft erfolgen, aber Finanzierungsmechanismen wie das „Procope-Programm“ existieren bei Bedarf ebenfalls.



Unsere Herangehens- weise



Einführung

Die Generation Europa traf sich zum ersten Mal am 21. Januar 2023. Vor diesem Datum kannten sich die meisten Mitglieder der Gruppe noch nicht. Die Gruppenmitglieder wurden von einem vielfältigen Gremium aus Vertretern des DFJW, der deutsch-französischen Politik, der Vereinswelt und der Wirtschaft auf der Grundlage ihrer Profile und ihrer Motivation, ehrenamtlich, bürgerschaftlich und verantwortungsvoll an der Stärkung der Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich zu arbeiten, ausgewählt. Es galt jedoch noch, die Ziele des Programms zu definieren und die Gruppe um ein gemeinsames Projekt herum zu strukturieren, dessen Zusammenfassung und eines der Ergebnisse der vorliegende Bericht darstellt.

Die Gruppe organisierte sich mit Unterstützung des DFJW und einer externen Moderatorin schnell in thematischen Untergruppen. Im Laufe des Jahres hatte jede Untergruppe die Möglichkeit, ihre eigene Dynamik zu finden und ihre Prioritäten zu setzen. Die folgenden drei persönlichen Treffen der Generation Europa sowie zahlreiche Austausche oder virtuelle Treffen im Laufe des Jahres ermöglichten die Entstehung einer echten Kohärenz und Gruppendynamik. Ihre Hauptziele waren **1) die Erstellung und Ausarbeitung der vorliegenden Empfehlungen** und **2) die Schaffung der Grundlagen für ein dauerhaftes Generation-Europa-Netzwerk**, das von den zahlreichen Fachgebieten profitiert, die innerhalb seiner Mitglieder vertreten sind.



In diesem Jahr gab es vier Treffen der gesamten Gruppe in Frankreich und Deutschland, auch im grenzüberschreitenden Raum:

Das erste Treffen vom 21. und 22. Januar 2023 in Paris (Frankreich) markierte den Start der Generation Europa. Dieses Treffen war besonders symbolträchtig und **die Mitglieder der Generation Europa wurden schnell von einem großen Gefühl der Verantwortung erfasst, das einen starken und ehrgeizigen Auftakt des Programms ermöglichte.** Ein besonders wichtiger Moment war das Treffen der Gruppe mit dem französischen Staatspräsidenten und dem deutschen Bundeskanzler im Elysée-Palast, um deren Erwartungen an die Generation Europa besser zu verstehen.

Das zweite Treffen in Berlin (Deutschland) vom 10. bis 12. Mai 2023 diente der Vertiefung der Arbeit in den Untergruppen. Bei diesem Treffen trafen wir uns mit gewählten Vertreterinnen und Vertretern und Persönlichkeiten aus wichtigen Institutionen zum Thema Gesundheit und Klima, insbesondere mit Prof. Detlev Ganten, dem ehemaligen Direktor der Charité, Jennifer Morgan, der deutschen Sonderbeauftragten für internationale Klimapolitik, und Andreas Jung von der deutsch-französischen parlamentarischen Versammlung. **Das Treffen war auch ein Erfolg für die Strukturierungsbemühungen innerhalb der Untergruppen und für eine bessere Definition der Identität und der Ziele der Gruppe als Ganzes.**

Ein drittes Treffen fand in Dresden (Deutschland) statt und gab der Generation Europa die Gelegenheit, dem Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland, Seiner Exzellenz dem französischen Botschafter, der Sächsischen Staatsministerin für Justiz, Demokratie, Europa und Gleichstellung Katja Meier sowie der deutschen Staatsministerin für Auswärtige Angelegenheiten Anna Lührmann einen ersten Entwurf der vorliegenden Empfehlungen zu präsentieren. Dieses ursprünglich nicht geplante Treffen wurde auf Einladung Sachsens am 3. und 4. Juli 2023 ermöglicht. **Das Treffen bot der Gruppe die Gelegenheit, die Ideen, die sich aus den vorliegenden Empfehlungen ergeben, konkret zu formulieren und erste Rückmeldungen von hochrangigen Politikern und Diplomaten sowie von hochrangigen Beamten des Freistaats Sachsen zu erhalten.** Darüber hinaus bot das Treffen der gesamten Gruppe die Möglichkeit, die Bedeutung des deutschen Föderalismus und die Wichtigkeit der öffentlichen Politik auf Landesebene („Silicon Saxony“) konkret zu erfahren.

Vom 4. bis 6. Oktober 2023 traf sich die Generation Europa in den grenzüberschreitenden Regionen Grand Est und Saarland. Im Rahmen dieses Treffens konnte sich die Gruppe mit gewählten Vertretern und Repräsentanten – insbesondere dem Präsidenten der Region Grand Est und der Landesregierung des Saarlandes – der Gebiete, die in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland besonders aktiv sind, austauschen. Dieses Treffen ermöglichte es nicht nur, die **Ambitionen und den Rahmen der Empfehlungen der Gruppe zu verfeinern**, sondern erinnerte auch alle daran, wie wichtig es ist, dass diese konkret und umsetzbar sind. Ein Höhepunkt war der Besuch der Hochöfen von Saarstahl, der einen Eindruck von den Herausforderungen vermittelte, die die Industrie angesichts der Energiewende zu bewältigen hat.

Schließlich wurde auf Initiative der Gruppe am 9. Dezember 2023 ein letztes Treffen im Hybridformat organisiert, das gleichzeitig in Paris und Berlin stattfand, **um die Arbeit der Untergruppen in den Bericht dieser ersten Generation Europa einzubeziehen.** Als einer der Höhepunkte des ersten Jahrgangs der Generation Europa bestätigt diese Initiative den gemeinsamen Willen, sich auf offene und ehrliche Weise für den Austausch unterschiedlicher Perspektiven einzusetzen, um gemeinsame Antworten auf die Herausforderungen von heute und morgen zu entwickeln.

ZUSAMMENFASSUNG

Über diese formell im Programm vorgesehenen Treffen hinaus war das Jahr 2023 von zahlreichen Einladungen von Mitgliedern der Generation Europa zu anderen Höhepunkten des deutsch-französischen Tagesgeschehens geprägt (z. B. zur Eröffnung der Deutsch-Französischen Akademie in Paris oder zur Feier des französischen Nationalfeiertags in den Räumlichkeiten der französischen Botschaft in Berlin). So haben zahlreiche informelle Treffen mit anerkannten Expertinnen und Experten auf ihrem Gebiet den Inhalt der vorliegenden Empfehlungen direkt bereichert.

Diese lebendige Dynamik hat es ermöglicht, die Idee eines durch das Programm Generation Europa erzeugten Enthusiasmus für die Intensivierung der deutsch-französischen Beziehungen zu beflügeln.





Danksagungen



Großer Dank geht an ...

Das Team des DFJW:

Die Generalsekretär:innen Anne Tallineau und Tobias Bütow, Tomasz Bertram, Claire Demesmay, Inès d'Erceville, Morgane Voyer, die Verfasser:innen, die bei der Finalisierung der endgültigen Dokumente geholfen haben, und die Bediensteten des DFJW, die zum Programm beigetragen haben.

Die öffentlichen Geldgeber des Programms und die Sponsoren AXA, Siemens, Bosch, Oddo BHF, Amundi

Die Personen, mit denen wir uns bei Treffen der gesamten Gruppe austauschen konnten:

Der französische Präsident Emmanuel Macron, der deutsche Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz, Hans-Dieter Lucas, François Delattre, Laurence Boone, Anna Lührmann, Sarah El Haïry, Damien Poinard, Detlev Ganten, Andreas Jung, Jennifer Morgan, Katja Meier, Mathias Weilandt, Gesine Märtens, Franck Leroy, die Mitarbeiter und Verantwortlichen der „Maison Robert Schuman“, Ralf Beil, David Lindemann, Jens Diener, Hendrike Jung, die Personalvertreter:innen von Saarstahl, François Villeroy de Galhau

Die Personen, mit denen wir uns bei den Treffen in Untergruppen austauschen konnten:

Michaela Feurstein-Prasser, Maisha-Maureen Auma, Bénédicte Savoy, Vincent Jauneau, Carolina Novac, Jon Worth

Wir danken allen anderen Personen, die hier nicht namentlich genannt werden, aber unsere Überlegungen geleitet haben.

FOKUS

Die Mitglieder der Generation Europa 2023 sind

Judith Madeline Walter,
Alexandra Wagner,
Felix Wagenitz,
Julia Vasilieva,
Jannis Stöter,
Jonathan Spindler,
Benjamin Sibille,
Alix Ricau,
Lucie Rebaï,
Swaroop Rao,
Hilko Paschke,
Stéphanie Lakkis,
Mario Laarmann,
Juliane Knop,
Boris Jaros,
Hanna Hennes-Rauth,
Sascha Haas,
Adrien Guillot,
Alia Fakhry,
Mark Espagnet,
Theresia Crone,
Clara Burgard,
Sebastian Bold,
Fabien Baudelet



Partner

„Generation Europa: Deutsch-Französische Nachwuchskräfte“ ist eine Initiative der deutschen und französischen Regierungen, umgesetzt durch das Deutsch-Französische Jugendwerk und finanziell unterstützt von Axa, Siemens, Bosch, Oddo BHF und Amundi.



SIEMENS



Impressum

Redaktion

Der Jahrgang 2023 von Generation Europa

Herausgegeben von

Deutsch-Französisches Jugendwerk

Grafische Gestaltung

www.lapetiteagenceparisienne.com

Fotos

Titelseite: Maxime Gruss

Seite 5: Daniel Meißner

Seite 47: Daniel Meißner

© OFAJ/DFJW, Paris/Berlin, 2024